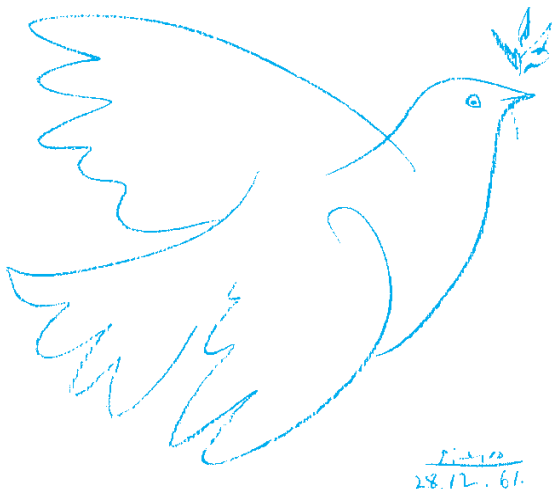




Unsere Welt



Cassis und Amherd wollen die Schweiz in den NATO-Block integrieren. Quelle UW

NATO-Annäherung und Waffenexporte

Neutralität à la Bundesrat? Nein danke!

Bundesrat Ignazio Cassis wollte der neuen aussenpolitischen Praxis der Schweizer Regierung das Label «kooperative Neutralität» aufsetzen. Er ist damit gescheitert, aber der politische Inhalt – die verstärkte Kooperation mit der NATO sowie Waffenexporte in Kriegsgebiete – wird vom Bundesrat und dem bürgerlich-liberalen Lager im Parlament weiter vorangetrieben und schrittweise durchgesetzt.

Von Tarek Idri

Auf Englisch gibt es eine geläufige Redewendung: «I am Switzerland/ Ich bin die Schweiz», sagt man, wenn man zu einem Thema keine Meinung äussern oder sich in einem Konfliktfall nicht auf eine Seite schlagen will. Dies weist darauf hin, dass die Schweizer Neutralität den Menschen auch international ein Begriff ist. Besonders in den Ländern des globalen Südens ist die Wahrnehmung der Schweizer Neutralität sehr positiv, stellt ein Bericht des Bundesrats fest. Innerhalb der Bevölkerung der Schweiz geniesst die Neutralität ebenfalls starken Rückhalt. Eine repräsentative Studie der ETH gibt an, dass knapp 90 Prozent der Befragten die Neutralität beibehalten wollen, und fast ebenso viele denken, dass die Neutralität «untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden» sei.

Völkerrechtliche Verpflichtungen

Worum es sich jedoch genau bei der Neutralität handelt, darüber ist seit dem Beginn des Ukrainekriegs und der Übernahme der EU-Sanktionen eine heftige Diskussion ausgebrochen. Es ist deutlich geworden, dass grosse Uneinigkeit über die jeweilige Auffassung der Neutralität herrscht. Die Studie der ETH beobachtet nämlich auch, dass über 70 Prozent die Meinung vertreten, dass die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland mit der Neutralität der Schweiz vereinbar wäre und dass «Bündnisse

und Zusammenschlüsse aller Art mit anderen Staaten» begrüssenswert seien.

Der Bundesrat betont in seinen Stellungnahmen stets die Unterscheidung zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Die Schweiz sei völkerrechtlich an die Verpflichtungen des Neutralitätsrechts gebunden – alle Massnahmen, die darüber hinausgehen, gehören zur Neutralitätspolitik und können nach «freiem Ermessen» bestimmt werden. International anerkannt wurde die «immerwährende Neutralität» der Schweiz und die Unverletzlichkeit ihres Territoriums zum ersten Mal 1815 auf dem Wiener Kongress. In die Bundesverfassung von 1848 wurde die Neutralität jedoch nicht als eigenständiger Artikel festgeschrieben. Sie wurde in die Kompetenzartikeln der Bundesversammlung und des Bundesrats aufgenommen – mit der Möglichkeit, sie unter Umständen wieder aufzugeben. Schliesslich wurde die Neutralität rechtlich mit den Haager-Abkommen von 1907 kodifiziert. Für neutrale Staaten ist seither verboten, kriegführende Länder militärisch zu unterstützen, ihnen den Durchmarsch durch das eigene Territorium zu erlauben, ihnen aus staatlichen Beständen Kriegsmaterial zu liefern oder militärische Nachrichten zu übermitteln. Neutrale müssen sicherstellen, dass privat produziertes Kriegsmaterial aus dem eigenen Land entweder an beide Kriegsparteien oder an keine der beiden geliefert wird (Gleichbehandlungsgebot). Neutrale Staaten dürfen weiterhin

wirtschaftliche Beziehungen mit allen Kriegsteilnehmern führen.

Der Status quo

Seit den 90ern übernimmt die Schweiz die UNO-Sanktionen und immer wieder auch EU-Sanktionen. Eigenständige Sanktionen kann sie gesetzlich nicht erlassen. Die 90er waren auch die Zeit, in der der damalige Bundesrat ein bis heute gültiges Grundsatzpapier zur Neutralität verabschiedete. Gemäss dieser «Status-quo-Neutralität» wird die Schweiz als bewaffneter, neutraler Staat definiert, der sich nicht an militärischen Konflikten beteiligt. Bei Waffenexporten gelten Einschränkungen. An Länder, die an einem – vom Bundesrat bestimmten – zwischenstaatlichen Konflikt beteiligt sind, wird kein Kriegsmaterial geliefert. Wird der Konflikt trotz internationaler Beteiligung vom Bundesrat als Bürgerkrieg aufgefasst, wie in Libyen 2011 oder der gegenwärtige Jemenkrieg, hält sich die Schweiz nicht an die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen. Der Bundesrat erlaubte der NATO den Überflug über die Schweiz 2011 für ihre Militärintervention in Libyen. Und bis heute werden an Saudi-Arabien, das im Jemen einen Krieg führt, Waffen geliefert.

«Ein einmaliger Schritt»

Die Landesregierung nutzte immer wieder Schlupflöcher der Status-quo-Neutralität aus, um für sich wirtschaftliche Vorteile herauszuholen und zunehmend auch um sich dem NATO-Block anzubiedern. Es muss allerdings konstatiert werden, dass sich der Bundesrat in der Vergangenheit teilweise auch tatsächlich an den Grundsatz der Neutralität gehalten hat. 2014, nach der Angliederung der Krim an die Russische Föderation,

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
SFB, Riehentorstr. 27
Postfach, 4001 Basel

45. Jahrgang
Nr. 4 – 2022
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

SFB-Petition zu Neutralität und NATO	2
Für eine multipolare Weltordnung ohne Krieg	3
Energiekrise und Krieg	4
Nord Stream-Ende und eindimensionaler Blick von SRF	5
Konferenzbericht: Welche Medien für den Frieden?	6
40 Jahre Genossenschaft Riehentor	7
Impressionen zum Weltfriedenstag 2022	8

F-35-Kauf wird durchgeboxt

Undemokratisch!

Der Bundesrat hat die Bevölkerung hintergangen und den Kauf der F-35-Kampffjets ohne Volksabstimmung durchgewunken. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB ist empört über das undemokratische Vorgehen und ruft zum Widerstand gegen die Aufrüstungspläne der Regierung auf.

Es ist skandalös: Der Bundesrat hat den Kauf der F-35-Kampffjets beschlossen, obwohl mehr als 100 000 Unterschriften gegen den Kauf der F-35 gesammelt wurden und eine Volksabstimmung darüber hätte stattfinden können. Die Schweizer Regierung hätte noch bis Anfang 2023 Zeit gehabt, um den Vertrag mit dem US-Waffenhersteller Lockheed Martin abzuschliessen. Da nun aber die Initiative «Stop F-35» lange vor dem Ende der Sammelfrist zustande kam und eine Volksabstimmung früher hätte stattfinden müssen, hat der Bundesrat kurzerhand den Vertragsabschluss durchgeboxt und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt. Auch ein Ja zur Initiative würde den Kauf nicht mehr rückgängig machen.

Wir erinnern daran: Nur durch ein Zufallsmehr von 50,1 Prozent wurde im September 2020 entschieden, dass man die Kampffjets beschaffen darf. Es waren bloss 8000 Stimmen, die den Unterschied ausmachten und dem Bundesrat ermöglichten, den Kampffjet seiner Wahl zu kaufen. Der Bundesrat hat schon damals ein verlogenes Spiel gespielt. Im Unterschied zur Abstimmung von 2014, bei der die Wahlberechtigten über einen spezifischen Typen von Kampffjet entscheiden konnten, wurde die Frage nach dem Modell in diesem Fall ganz bewusst offen gelassen. Es wäre nämlich sehr unwahrscheinlich gewesen, dass der Kauf von F-35-Fliegern akzeptiert worden wäre.

CH-NATO: Seite an Seite

Beim F-35 handelt es sich um einen überteuerten und überdimensionierten Kampffjet, der für die luftpolizeilichen Bedürfnisse der Schweiz völlig ungeeignet ist. Der F-35 ist ein Kampffjet, der für offensive Kriegseinsätze, potenziell sogar mit Atomwaffen, konzipiert ist. Wieso hat nun der Bundesrat den Kauf des F-35 erzwungen? Es geht darum, die Schweiz enger an die USA und die NATO zu binden. Die Schweiz wird keinen Einblick in die Software des

F-35 erhalten. Überall im Flieger ist Elektronik eingebaut, bei der keine Unabhängigkeit mehr bestehen wird. Die Schweiz gibt damit freiwillig ihre Souveränität in der Luft ab und zahlt der Kriegsnation USA dafür noch Abermilliarden Franken.

Auch von bürgerlicher Seite wird eingestanden, «dass der F-35 niemals gegen Interessen der NATO eingesetzt werden könnte, sondern nur mit deren Zustimmung». Die Schweiz soll mit dem F-35-Jet «Seite an Seite mit ihren NATO-Nachbarn» kämpfen können.

Nein zur Aufrüstung!

Im Februar hat Bundesrätin Viola Amherd noch versprochen, die Abstimmung über die Initiative abzuwarten. Das hat sich als kompletter Schwindel erwiesen. Durch den Krieg in der Ukraine sind alle Hemmschwellen der Armeebefürworter:innen und NATO-Lobbyist:innen gefallen. Bis zu drei Milliarden pro Jahr mehr soll demnächst für Aufrüstung verschwendet werden. Und nun wird überstürzt der Kauf der NATO-kompatiblen Kampffjets durchgedrückt, weil man sich vor einer demokratischen Abstimmung fürchtet. Der Bundesrat zeigt damit einmal mehr, dass ihm der Wille der Mehrheit der Bevölkerung egal ist. Wenn die Reichen und Mächtigen in der Schweiz etwas wollen, wird das durchgesetzt – demokratischer Prozess hin oder her.

Für alle Friedenskämpfer:innen und Antimilitarist:innen gilt: Widerstand leisten! Die Schweizerische Friedensbewegung SFB tritt konsequent gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ein. Wir sagen entschieden NEIN zu den Aufrüstungsplänen der Regierung! Wir verurteilen das antidemokratische Vorgehen der Regierung und fordern sie auf, die Tradition der Demokratie und Neutralität unseres Landes zu respektieren und auf jede weitere Annäherung an die NATO zu verzichten.

Schweizerische
Friedensbewegung SFB

Ohne dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen!

Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Eine Online-Überweisung ist rund um die Uhr möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX

Neutralität à la Bundesrat...

Fortsetzung von Seite 1

lehnte die Regierung die Übernahme der EU- und US-Sanktionen trotz Druck aus Brüssel und Washington ab. Sie traf lediglich Massnahmen, damit jene Sanktionen nicht über die Schweiz umgangen werden konnten.

Das Vorgehen des Schweizer Regierung von Anfang 2022 bildete hingegen eine deutliche Zäsur: Als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine und unter dem enormen Druck des NATO-Blocks schloss sich die Schweiz am 28. Februar den westlichen Vergeltungsmassnahmen an und übernahm sämtliche EU-Sanktionen, darunter Handels- und Finanzembargos, Reiseverbote und die Sperrung des Luftraums für russische Flieger. «Ein in diesem Umfang einmaliger Schritt der Schweiz», verkündete Aussenminister Ignazio Cassis vor den Medien. Später wurden auch ukrainische Kriegsverletzte, darunter

einerseits, unter dem Vorwand, «mehr Mitverantwortung für die Sicherheit in Europa zu tragen». Andererseits soll das Wiederausfuhrverbot von Kriegsgütern aufgehoben werden.

«Flexibilität» bei Waffenexporten

Der Versuch von Cassis, der neuen aussenpolitischen Praxis des Bundesrats ein neues Label aufzudrücken, schlug fehl. Der Restbundesrat piffte Cassis zurück und wies seinen Bericht und den Begriff «kooperative Neutralität» zurück. Der Bundesrat war der Ansicht, der Neutralitätsbericht von 1993, welche die bisherige Neutralitätspolitik bestimmte, lasse für die Schweiz «genügend grossen Handlungsspielraum offen». Am 26. Oktober erschien schliesslich der offizielle Neutralitätsbericht des Bundesrats mit der Absichtserklärung, an der Status-quo-Neutralität festhalten zu wollen. Zugleich wurde darin

te geliefert werden können. «Werte», «regelbasiert», «Flexibilität», «demokratisch», «Freiheit», «humanitäre Intervention», das sind die leeren PR-Schlagworte, die von den herrschenden Eliten verwendet werden, um ihre Interessen und ihre Ordnung durchzusetzen – und um Krieg und Gewalt zu rechtfertigen.

Militärübungen mit der NATO?

Zweitens verstösst der Bundesrat immer wieder leichtfertig gegen das Verbot für neutrale Staaten, Kriegsparteien ihr Territorium zur Verfügung zu stellen. Ein wichtiger Fall war die Erlaubnis für NATO-Truppen, 2011 über die Schweiz zu fliegen, um Libyen in Schutt und Asche zu legen. Seit 2015 ist die Durchführung von Kriegsmaterial durch den Schweizer Luftraum in ein Bestimmungsland erlaubt, das in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Ab Juli 2022 begann die Schweiz

JA zur Neutralität, NEIN zur NATO-Annäherung

SFB-Petition

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat an der Konferenz «Welche Medien für den Frieden?» ihre Petition «JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO» lanciert und versucht damit, der kriegstreiberischen Politik des Bundesrats Einhalt zu gebieten. Sie fordert mit der Petition, dass sich der Bundesrat an den Grundsatz der Neutralität hält, die Annäherung an das NATO-Kriegsbündnis beendet und auf Sanktionen verzichtet.

Die gegenwärtige weltpolitische Lage ist äusserst gefährlich: Die Ausdehnung der NATO in den Osten Europas und die Aufrüstung und Militarisierung an der Grenze zu Russland haben zu Spannungen und schliesslich zum Ausbruch eines Stellvertreterkriegs in der Ukraine geführt. Statt auf Vermittlung und Dialog zu setzen, haben die westlichen Länder einen Wirtschaftskrieg mit Sanktionen und Embargos gegen Russland losgetreten, Desinformationen verbreitet und Unmengen an Waffen und Kriegsmaterial in das Konfliktgebiet geschickt. Statt zu schlichten, wird provoziert und immer weiter eskaliert. Die Gefahr steigt, dass die Atommächte auf eine direkte Konfrontation gegeneinander zusteuern. Wir dürfen dieser Entwicklung nicht untätig zusehen. Einen dritten Weltkrieg kann sich die Menschheit nicht leisten! Schon jetzt leidet die Bevölkerung in der Schweiz und weltweit zunehmend unter den Folgen des Wirtschaftskrieges: Die Inflation steigt an, Armut und Hunger breiten sich aus, die Preise für Lebensmittel und Strom explodieren. In diesem Winter werden viele Familien und Haushalte vor der Entscheidung stehen, ob sie lieber frieren oder sich etwas zu Essen kaufen «wollen». Und die Energiekonzerne sahen dabei ab und machen Milliardengewinne.

halb der Schweizer Bevölkerung nach wie vor starken Rückhalt. Eine Studie der ETH zeigte auf, dass die übergrosse Mehrheit in der Schweiz, fast 90 Prozent, die Neutralität befürwortet.

Noch 2014 vertrat der Bundesrat die Position, dass die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland nicht übernehmen würde. Begründet wurde das damit, dass man weiterhin eine Vermittlerrolle in der Ukraine-Krise einnehmen wolle und deshalb nicht Partei ergreifen dürfe. «Diese Rolle würden wir mit dem simplen Nachvollzug der EU-Sanktionen schwächen», war für den damaligen Bundesrat Johann Schneider-Ammann klar. Und was macht die Schweizer Regierung heute?

Der Bundesrat hat mit seinem Agieren der letzten Monate dem internationalen Ansehen der Schweiz, ihrem Ruf als neutrales, friedliches Land immens geschadet. US-Machthaber Joe Biden erklärte erfreut, dass nun «sogar die Schweiz» bei den Massnahmen gegen Russland mitzieht. Die Übernahme der EU-Sanktionen haben dazu geführt, dass die Schweiz in Russland auf der Liste der unfreundlichen Staaten geführt wird und im Ukraine-Konflikt nicht mehr als Vermittlerin infrage kommt.

Für Frieden und soziale Sicherheit

Für die Schweizerische Friedensbewegung SFB ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Wir verlangen mit der Petition «JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO» das Ende dieser gefährlichen, kriegstreiberischen Politik. Aus Sorge um den internationalen Frieden, das Ansehen der Schweiz und die soziale Sicherheit der Völker fordern wir vom Bundesrat und den Bundesbehörden, «die Tradition der Neutralität unseres Landes zu respektieren, auf jede weitere Annäherung an die NATO zu verzichten, auf Sanktionen zu verzichten und sich stattdessen für Friedensverhandlungen und eine diplomatische Lösung einzusetzen».

Schweizerische Friedensbewegung SFB



NATO auflösen, Frieden schaffen. Quelle SFB

potenzielle SoldatInnen, unter Bruch des Neutralitätsrechts auf Schweizer Territorium behandelt. Ende Oktober reiste Cassis zum Staatsbesuch in die Ukraine, um sich demonstrativ an die Seite des ukrainischen Kriegsherren Selenski zu stellen.

«Kooperative Neutralität»

Von aussen wird das Handeln der Schweizer Regierung als Kehrtwende der bisherigen Politik und als klarer Bruch mit der Neutralität aufgefasst. Die einflussreiche US-Zeitung «The Washington Post» beschreibt es als «eine deutliche Abkehr von der Neutralität». Niemand hätte erwartet, dass die Schweiz «Partei ergreifen würde in einem Konfliktfall». Auch für den US-Präsidenten steht fest, dass «sogar die Schweiz» auf der Seite der USA und der NATO stehe. Russland seinerseits hat im August ein konkretes Vermittlungsangebot der Schweiz abgelehnt, mit der Begründung, dass «die Schweiz leider ihren Status als neutraler Staat verloren hat und weder als Vermittler noch als Vertreter auftreten kann. Bern hat sich den illegalen westlichen Sanktionen gegen Russland angeschlossen.»

Am 23. Mai auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) setzte Bundesrat Cassis der politischen Kehrtwende der Schweiz noch ein Sahnehäubchen auf, als er den Begriff «kooperative Neutralität» einführte. Cassis war der Ansicht, «dass die geopolitischen Veränderungen eine Anpassung der Neutralitätskonzeption erfordern.» Der Rede auf dem WEF liess Cassis einen Neutralitätsbericht folgen, in dem die Richtung aufgezeigt wurde, in welche die kooperative Neutralität führen sollte: hin zu einer engen Kooperation mit der NATO und der EU

die bisherige Praxis, einschliesslich der Übernahme der EU-Sanktionen, schamlos verteidigt und als Business as usual heruntergespielt.

Cassis konnte sein Neutralitätskonzept also nicht durchdrücken, aber die gegenwärtige Politik ist bereits qualitativ anders als diejenige der vergangenen Jahre. Diese neue aussenpolitische Praxis wird vom Bundesrat und vor allem von der bürgerlichen rechten Mitte (FDP, Mitte, GLP) vertreten. Sie läuft auf eine Unterhöhlung jeden Aspekts der Neutralität hinaus: Erstens wird das Gleichbehandlungsgebot gegenüber zwei Kriegsseiten sowie das Verbot von Kriegsmaterialexporten in Kriegsgebiete gleich direkt torpediert. «Die heutigen Pauschalverbote (von Waffenexporten), die nun eine Unterstützung der Ukraine verhindern, sind durch smartere Regelungen mit mehr Flexibilität zu ersetzen», schwurbeln smarte JournalistInnen auf den Frontseiten der Leitmedien. Die GLP forderte in der Herbstsession mit einem Vorstoss gar, dass «der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten beim Export von Schutzmaterial höher gewichtet werden soll als eine allfällige Verletzung des Gleichbehandlungsgebots».

Wenn man schon nicht direkt Waffen an «freiheitliche, demokratische» Kriegsherren liefern darf, soll zumindest erlaubt werden, dass ihnen andere Länder Waffen weitergeben können. Mitte-Präsident Gerhard Pfister meinte, es sollte «mit der Neutralität auch vereinbar sein, einem Nachbarstaat zu erlauben, in der Schweiz gekaufte Waffen an einen demokratischen europäischen Staat weiterzugeben, der sich verteidigt.» FDP-Präsident Thierry Burkart reichte im Ständerat eine Motion ein, um das Wiederausfuhrverbot aufzuheben, «wenn die Lieferung an Staaten erfolgt, die unseren Werten verpflichtet sind». Konkret soll Schutzausrüstung wie Helme und Westen in Konfliktgebiete

auch, verletzte «ZivilistInnen» aus der Ukraine aufzunehmen, um sie zu behandeln, obwohl es laut EDA «fast unmöglich» ist, ZivilistInnen von Soldaten zu unterscheiden. Soldaten müssten gemäss Neutralitätsrecht daran gehindert werden, nach der Genesung im Krieg weiterzukämpfen. In diesem Fall war es auch die bürgerlich-liberale Classe politique, die solange moralisierte und nörgelte, bis die Regierung nachgab.

Drittens wird mit der Annäherung an die NATO die Schweizer Neutralität unterhöhlt. Bei der NATO handelt es sich um ein Kriegsbündnis, dass immer wieder Kriege anzettelte und Völkerrechtsbrüche zu verantworten hatte. Besonders Bundesrätin Viola Amherd hat sich als NATO-Fan hervorgetan und Pläne zur engeren Zusammenarbeit mit der NATO und der EU vorgelegt. Die Bundesrätin will eine verstärkte Teilnahme an Militärübungen und eine Intensivierung des Partnerschaftsstatus bei der NATO sowie eine Beteiligung der Armee an EU-Verbänden. Das alles sei für sie mit der Neutralität vereinbar, es ginge bloss um eine «bessere Nutzung des Neutralitätspolitikspielraums, der bereits heute zur Verfügung stehe».

Aussenpolitik des Friedens

Der Bundesrat gaukelt vor, dass alles beim Alten bleibt, um seine Pläne einer NATO-kooperativen Pseudoneutralität durchzusetzen. Angesichts dieser Entwicklung gilt es, dieser schrittweisen Abschaffung der Neutralität entschieden entgegenzutreten und sich für eine Neutralität einzusetzen, die den internationalen Frieden zum Zweck der Aussenpolitik erhebt. In UNSERE WELT hiess es 2020 treffend:

«Neutralität ist mehr als ein aussenpolitisches Instrument. Sie ist ein Versprechen, Konflikte so zu lösen, dass auch in Zukunft keine Interessen mit Waffengewalt durchgesetzt werden müssen.»

Neutralitäts-Missachtung

In einer Situation, in der sich die Konfliktseiten zunehmend verhärten und die Spannungen bedrohlich ansteigen, hätte sich die Schweiz an den Grundsatz der Neutralität halten sollen und mit allen Mitteln für Dialog und Friedensverhandlungen eintreten müssen. Sie hätte als neutrale Gesprächspartnerin sowohl Russland als auch der Ukraine und NATO ihre «guten Dienste» anbieten können. Stattdessen unterstützt die Schweizer Regierung die Sanktionen des Westens und die Stimmungsmache gegen Russland vorbehaltlos. Unter Missachtung der Tradition der Neutralität hat sich die Schweiz auf eine Kriegsseite, auf die Seite der USA und der NATO gestellt. Dabei geniesst die Neutralität inner-

Petitionstext

JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO

Die internationale Lage ist heute durch die fortschreitende Erweiterung der NATO und die seit 2014 anhaltende Aufrüstung der Ukraine durch die NATO äusserst gefährlich. Die exzessiven Waffenlieferungen und Milliardensubventionen für die Ukraine sowie die sinnlosen Sanktionen gegen Russland bedrohen die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen Europas. Der Krieg droht sich auszuweiten, die Inflation anzukurbeln und die Lebenshaltungskosten der Menschen unerträglich zu machen.

Die Schweiz sollte sich in dieser weltpolitischen Situation an den Grundsatz der Neutralität halten und ihre diplomatische Erfahrung zugunsten von Dialog und Entspannung einbringen. Leider hat sich der Bundesrat aber unter Bruch der Neutralität auf die Seite des von den USA und der NATO angeführten Lagers gestellt, das nun klar Kriegspartei in einem Stellvertreterkrieg ist.

Aus Sorge um den internationalen Frieden, das Ansehen der Schweiz und die soziale Sicherheit der Völker fordern wir, die Unterzeichnenden, den Bundesrat und die Bundesbehörden auf:

- die Tradition der Neutralität unseres Landes zu respektieren,
- auf jede weitere Annäherung an die NATO zu verzichten,
- auf Sanktionen zu verzichten und sich stattdessen für Friedensverhandlungen und eine diplomatische Lösung einzusetzen.

Hier unterschreiben:
www.linktr.ee/friedensbewegung



Der chinesische Präsident Xi Jinping und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin auf dem Gipfel der BRICS-Staaten. Quelle zVg.

Zusammenarbeit von Russland und China

Für eine multipolare Weltordnung ohne Krieg

Die USA wollen ihre Führungsmacht mit allen Mitteln verteidigen gegen alle Bestrebungen, eine neue auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker basierende multipolare Weltordnung durchzusetzen. Dazu sabotieren sie insbesondere die wirtschaftlich-technologische Entwicklung der Volksrepublik China mit allen Mitteln. Es besteht die Gefahr, dass die USA versuchen könnten, den Aufstieg Chinas mit Gewalt und Krieg zu stoppen.

Von Stefan Hofer

Nach dem Untergang der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Staaten, nach der Auflösung des Warschauer Paktes und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe triumphierten die Machteliten im Westen: Die kapitalistische Marktwirtschaft und das sie beherrschende von den USA dominierte westliche Staatensystem habe sich im Systemwettbewerb mit der sozialistischen Welt endgültig durchgesetzt, den Sozialismus besiegt. Es wurde bereits das Ende der Geschichte proklamiert. Die Botschaft der Bombardierung Serbiens und des Irak-Krieges war: Wir, die USA und die von uns geführte NATO können nun auf der ganzen Welt bestimmen, wo es langgeht, was zulässig ist und was nicht; wir sind die Sieger der Geschichte; eine Gegenmacht gibt es nicht mehr.

Regime-Change misslungen
Die seither vergangenen 30 Jahre haben gezeigt, dass dies eine krasse Fehleinschätzung war. Vor allem durch den phänomenalen wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China verbunden mit einer internationalistischen geostrategischen Neuausrichtung der Politik dieses Staates ist eine neue stärkere Gegenmacht entstanden, welche die Macht der USA und ihrer Juniorpartner mehr und mehr eingrenzt.

Die Etablierung eines stabilen pro-westlichen Regimes im Irak ist nicht gelungen. Der angestrebte Regime-Change im Iran und in Syrien ist ebenfalls nicht gelungen. Auch in Serbien konnte nicht ein eindeutig pro-westliches Regime installiert werden. Der mit allen Mitteln versuchte Regime-Change in Nicaragua und in Venezuela ist gescheitert und auch in Kuba ist der Regime-Change bisher nicht gelungen. In Lateinamerika (in Bolivien, Chile, Brasilien, Argentinien und jüngst auch in Kolumbien) sind Entwicklungen im Gange, die den USA missfallen und die nur Dank der veränderten globalen Kräfteverhältnisse möglich sind.

US-Hegemonie schwindet
Auch das nicht mehr sozialistische Russland war unter Putin nicht mehr bereit, eine globale Hegemonie der USA zu akzeptieren und sich als Juniorpartner in das US-dominierte westliche Staatensystem einzuordnen bzw. sich den USA unterzuordnen mit

der Folge, dass seither vom Westen versucht wird, Russland als autoritäre undemokratische Macht zu ächten, zu schwächen und zu destabilisieren. Aber auch die gegen Russland gerichtete Politik des US-dominierten Westens hat bisher nicht zum angestrebten Regime-Change geführt. Vielmehr haben Russland und China in den letzten Jahren die Zusammenarbeit in der Politik, in der Wirtschaft und in der militärischen Verteidigung ihrer Interessen zu einer strategischen Partnerschaft entwickelt und vertieft. Die Volksrepublik China und Russland streben zusammen mit anderen Staaten eine neue multipolare Weltordnung an, in der nicht mehr eine Hegemonialmacht mit ihren Juniorpartnern bestimmen kann, was zulässig ist und was nicht geduldet werden kann, bzw. nicht mehr die Hegemonialmacht USA festlegen kann, was ihre «Vital interests» sind und wie sie diese überall auf der Welt geltend machen und durchsetzen will. Diese neue Weltordnung wird den Völkern und Staaten ganz andere Möglichkeiten bieten, den Weg, den sie für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung beschreiten wollen, frei und ohne Druck einer Hegemonialmacht zu wählen. Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und die BRICS-Gruppe sind internationale Organisationen, welche die Schaffung einer neuen multipolaren Weltordnung anstreben.

Ein Systemwettbewerb
Die USA und ihre Juniorpartner, die man politisch als den «Westen» bezeichnet, wollen die kapitalistische Weltordnung mit der Führungsmacht USA mit allen Mitteln verteidigen gegen die Bestrebungen, eine neue auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker basierende multipolare Weltordnung durchzusetzen.

Die USA und ihre Allianzpartner können jedoch die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass sich vor allem durch die rasante Entwicklung der Volksrepublik China die internationalen Kräfteverhältnisse von Jahr zu Jahr zu Ungunsten des Westens verschieben. China wird wirtschaftlich und militärisch immer stärker und wird schon in einigen Jahren die stärkste Wirtschaftsmacht der Erde sein. Weil die USA diese Entwicklung stoppen möchten, tun sie alles, um das Wirtschaftswachstum und den wissenschaftlich-tech-

nischen Fortschritt der Volksrepublik China zu sabotieren. Sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass sie dabei nur wenig Erfolg haben. Zutreffend erklären sie, dass der Kampf gegen die Volksrepublik China nicht einfach ein Konkurrenzkampf zwischen kapitalistischen Wirtschaftsmächten ist, sondern ein Systemwettbewerb.

Bei dieser Konstellation besteht die Gefahr, dass die USA versuchen könnten, den weiteren Aufstieg der Volksrepublik China und das weitere Erstarren der Kräfte, die sich einsetzen für eine neue multipolare Weltordnung, mit militärischen Mitteln, d.h. mit Krieg zu stoppen und rückgängig zu machen, solange sie nach ihrer Einschätzung militärisch noch überlegen sind. Einen solchen Krieg möchten die USA möglichst weit weg von ihrem Territorium und möglichst mit dem Einsatz von Armeen verbündeter Staaten führen. Ein solcher Krieg wäre ein unvorstellbares Inferno, das unbedingt verhindert werden muss.

Ernstzunehmende Kriegsgefahr
In letzter Zeit haben die USA gewaltige Aufrüstungsprogramme beschlossen, um eine militärische Überlegenheit zu sichern. Da sie auf dem Standpunkt stehen, die legitime globale Hegemonialmacht zu sein und es auch bleiben zu müssen, sind sie der Meinung, zur militärischen Absicherung ihrer Hegemonie ein Recht zu haben auf militärische Überlegenheit im globalen Massstab.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges haben die USA das Wettrüsten stets angeführt und sie zwingen nun China und Russland zu weiteren militärischen Rüstungsanstrengungen, da die USA nur dann von einem grossen Krieg gegen China und Russland abgehalten werden, wenn sie wissen, dass ein solcher Krieg auch die Verwüstung und weitgehende Vernichtung der USA zur Folge hätte. US-Präsident Reagan hat mit dem Wettrüsten die Sowjetunion wirtschaftlich schwächen, sprich totrüsteten wollen, was schliesslich auch gelungen ist. Mit der Volksrepublik China wird das jedoch nicht gelingen, da China heute wirtschaftlich schon viel stärker ist, als die Sowjetunion je gewesen ist.

In Anbetracht dieser ernstzunehmenden Kriegsgefahr ist es heute von grösster Wichtigkeit, unabhängig von der weltanschaulichen und religiösen Orientierung die Kräfte, die einen Krieg verhindern wollen, zu sammeln und zu mobilisieren für ein machtvollles Engagement für Abrüstung und gegen Krieg. Eine starke internationale Friedensbewegung gegen Hochrüstung und Krieg tut not.

US-Provokationen in Taiwan

Die Notwendigkeit einer Deeskalation

Die Provokationen in Taiwan, unter anderem durch den Besuch der US-Demokratin Nancy Pelosi, sind ein wesentlicher Bestandteil der Konfrontationsstrategie der USA gegenüber der Volksrepublik China. Dadurch werden Spannungen geschürt und die Gefahr eines gewaltsamen Zusammenstosses der Grossmächte erhöht sich.

Von Stefano Araújo

Am 2. August 2022 reiste die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, die Demokratin Nancy Pelosi, zu einem offiziellen Besuch nach Taiwan. Dabei traf sie direkt mit verschiedenen institutionellen Vertretern der Insel zusammen, um die angebliche «Demokratie» der Insel, die ihre Unabhängigkeit von der Volksrepublik China behauptet, zu verteidigen. Dass man in Taiwan von Demokratie sprechen kann, ist irreführend. Vielmehr ist es eine Tatsache, dass der offizielle Besuch von Nancy Pelosi eine weitere US-amerikanische Provokation gegen die Volksrepublik China unter der Führung von Xi Jinping und der Kommunistischen Partei darstellt. Die Absicht der USA ist klar: Sie wollen den chinesischen Riesen, den Anführer einer aufstrebenden multipolaren und nicht mehr westlich beherrschten Welt, bremsen und einschränken. Die Vereinigten Staaten, die den Wettkampf mit China in mehreren wirtschaftlichen Bereichen, insbesondere im technologischen Bereich, zunehmend verlieren, drängen auf eine totale Konfrontation, um ihre Position und ihre imperiale Hegemonie zu erhalten. Diese Konfrontation schliesst die bewaffnete Option nicht aus, was angesichts der starken militärischen Präsenz im Pazifik und zwischen

des einen Chinas, vertreten durch die Volksrepublik China und mit Taiwan als integralem Bestandteil des chinesischen Territoriums, vor. Es ist von entscheidender Bedeutung, dieses Konzept zu wiederholen und zu verteidigen, denn die Alternative ist, wie wir sehen werden, ein Konflikt grossen Ausmasses.

Kriegspläne verhindern!
Die Vereinigten Staaten haben in letzter Zeit mehrfach deutlich gemacht, dass China ihr Hauptfeind ist und dass sie bereit sind, den Aufstieg der asiatischen Macht und damit auch die Entstehung einer multipolaren Weltordnung mit allen Mitteln zu verhindern. Die Provokationen in Taiwan sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Konfrontationsstrategie. Schon heute erleben wir in Europa einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine, der vom atlantischen Lager selbst angeheizt wird, so dass es mehr als verheerend wäre, wenn es zu einem dritten Weltkrieg und dem Zusammenstoss zwischen den beiden Grossmächten käme, durch einen Zwischenfall in Taiwan. Dies ist der wichtigste Zeitpunkt, um alle aufrichtigen Friedenskämpfer und die verschiedenen Friedensbewegungen im Rahmen des Weltfriedensrates zu mobilisieren. Wir müssen den Kriegsplan der USA, der sich von Osteuropa bis zum Pa-



Proteste auf Taiwan gegen den Besuch von Nancy Pelosi. Quelle zVg

Japan und Südkorea besorgniserregend ist. Es besteht nämlich die Gefahr, dass, wie in der Vergangenheit geschehen, militärische Operationen unter «fälscher Flagge» durchgeführt werden, um im Anschluss daran einen möglichen bewaffneten Konflikt zu «legitimieren».

Die Ein-China-Politik
Mit dieser unverhohlenen Provokation und bestimmten Äusserungen von Pelosi selbst gegen die Volksrepublik China und ihre Führung verletzen die Vereinigten Staaten ein internationales Statut, das von der überwältigenden Mehrheit der UN-Mitglieder, einschliesslich der USA selbst, anerkannt wird, nämlich die Ein-China-Politik, die 1971 durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung bekräftigt wurde. Diese Resolution sieht die internationale Anerkennung

zifik ausbreiten will, mit aller Kraft behindern. Im Falle der Schweiz dürfen wir nicht den Fehler machen, den unsere Regierung im Fall der Ukraine gemacht hat, sondern müssen unsere Neutralität wahren, um einen Dialog zwischen den Konfliktparteien anzubieten, aber vor allem müssen wir vermeiden, uns an möglichen Sanktionen im Zusammenhang mit der Taiwan-Krise zu beteiligen. Abschliessend sei gesagt, dass das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht, weshalb es notwendig ist, diese Provokationen anzuprangern, gegen den atlantischen Imperialismus zu mobilisieren und die strikte Einhaltung der Resolutionen der UN-Generalversammlung zu fordern.

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano

Den dritten Welt Krieg stoppen

Jetzt!

XXVIII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ

SA. 14.1.2023 | MOA BERLIN

Livestream: jungewelt.de/rk jungewelt.de/rk



Flüssigerdgastanker. Quelle Wikimedia

Flüssigerdgas verdrängt in Europa das Pipelinegas

Ein gewaltiger Rückschritt

Die europäischen Staaten importieren seit einiger Zeit immer mehr Flüssigerdgas, das mit grossen Tankschiffen aus verschiedenen Ländern der Welt angeliefert wird. Profiteure sind in erster Linie die USA, die ihren Marktanteil massiv ausbauen und weltweit zu einem der grössten Gasexporteure geworden sind. Die Klimaschädlichkeit von Flüssigerdgas wird mit jener von Kohle verglichen. Die teure Förderung, der komplizierte Transport und die Spekulationen am Spotmarkt erhöhen die Kosten des Gases massiv und tragen weltweit viel zur hohen Inflation bei.

Von Ueli Schlegel

Seit wenigen Jahren kann in Europa, aber auch weltweit, eine Abkehr von Erdgas, das in Pipelines transportiert wird, und eine grosse Zunahme des Flüssigerdgashandels beobachtet werden. Dafür gibt es zumindest in Europa mehrere Gründe.

Erstens wurde der Handel zwischen Energieexporteuren und -importeuren in den letzten Jahren zunehmend hektischer, d.h. er folgte der allgemeinen Tendenz des Rohstoff- und Energiehandels – weg von langfristigen. sicheren Staatsverträgen, hin zu Terminverträgen, Optionen, Werten etc. («Kasinokapitalismus») und zum sogenannten Spotmarkt, das heisst zu Käufen über die vorwiegend elektronische Börse. Der Verband der schweizerischen Gasindustrie umschreibt das schönfärberisch so: «In den letzten Jahren hat die Schweizer Gaswirtschaft ihren Anteil an der ölpreisgebundenen Beschaffung stark reduziert, um die Flexibilität beim Einkauf zu erhöhen. Bei der Beschaffung haben die sogenannten Spot- und Terminmärkte eine zunehmende Bedeutung erhalten. Dies gibt der schweizerischen Gaswirtschaft Spielraum, um bei verschiedenen Marktsituationen Erdgas optimal und kundengerecht einzukaufen.»

Zweitens nahm der Druck der USA zu; die USA unterstützten seit längerer Zeit die Ukraine und Polen im Streit mit Russland um die Pipeline-Durchleitungsrechte russischen Gases durch Polen und die Ukraine. Zwischen Russland und diesen beiden (und weiteren) Staaten gab es seit langem Streit um Gebühren und um die Gaspreise und -mengen für Erdgas, das in diesen Staaten von den grossen Pipelines abgeleitet werden durfte.

Drittens nahm der Druck der USA auch gegen die neuen Pipelines zwischen Russland und Deutschland immer mehr zu. Die USA betonten mehrmals, dass sie die Pipeline Nordstream 2, die Polen und die Ukraine umgeht, auf jeden Fall verhindern würden. Der Hintergrund dieses Kampfes der USA gegen Deutschland ist die Exportpolitik der USA, denn die USA produzieren zunehmend teures Frackinggas, von dem sie möglichst viel im Ausland absetzen wollen.

Viertens konnten von der NATO und der EU mit dem Schreckgespenst der «Rubelzahlungen» für russisches

Pipeline-Erdgas (eine Folge des Ausschlusses Russlands aus dem Swift-Zahlungssystem der westlichen Banken) weitere europäische Gasimporteure verunsichert werden.

Was ist Flüssigerdgas?

Gas verflüssigt sich, das heisst es wechselt vom gasförmigen in den flüssigen Zustand, wenn es verdichtet (komprimiert) oder sehr stark gekühlt wird. Wir alle kennen das Campinggas, das in Europa entweder in kleinen blauen Dosen als «Campingaz» oder in grösseren Stahl- oder Kunststoffbehältern für grössere Gaskocher, Kühlschränke oder mobile Heizungen verkauft wird. Chemisch besteht es meistens aus Propan oder Butan. Dieses Gas muss relativ wenig verdichtet werden. Im Gegensatz dazu besteht Flüssigerdgas (Liquified Natural Gas) genau wie das Pipeline-Erdgas zu über 90 Prozent aus Methan. Für den Transport muss es stark komprimiert und/oder gekühlt werden, damit es überhaupt mit einem annehmbaren, transportfähigen Volumen weggebracht werden kann.

Für den Transport des Flüssigerdgases ist der Bau sehr grosser Infrastruktureinrichtungen erforderlich – bestehend aus druckfesten Containern, Eisenbahnwagen und -gleisen, Tanklastwagen, speziellen Tankschiffen mit Kühlung, riesigen Umschlagplätzen und -häfen, Zwischenlagern, Komprimier- und Dekomprimieranlagen usw. Auf den Schiffen muss das Gas dauernd energieintensiv auf -162°C gekühlt sein.

Herkunft

Die EU bezieht Flüssigerdgas vor allem aus den USA, Katar, Nigeria, Russland und Algerien. Bei Flüssigerdgas aus den USA und Australien handelt es sich oft um Fracking-Gas. Das ist aufgrund von Leckagen noch klimaschädlicher als konventionelles, fossiles Gas. Bemerkenswert sind beim Flüssigerdgasimport die politischen Implikationen dieser Importe. Dass die USA nun der wichtigste Lieferant geworden sind, zeigt einmal mehr, dass Rohstoffe und Energieträger heute zu den wichtigsten Motoren der internationalen Politik gehören; die US-Politik ist da – egal ob unter republikanischer oder demokratischer Herrschaft – von harten Exportinteressen bestimmt, zugleich ordnet sich die EU den USA unter und geht Deals ein, die ökonomisch für Europa keineswegs vorteilhaft sind.

Ferner bittet zum Beispiel Robert Habeck von der deutschen Regierung bei Katar um Flüssigerdgas – Katar ist berüchtigt für seine antidemokratische Politik und für seine sklavenähnliche Haltung ausländischer Arbeiter im Land, die unter miserablen Bedingungen die Infrastruktur aufbauen müssen. Doch Katar ist an Verträgen über langfristige Lieferungen zu hohen Preisen interessiert, während der grüne Habeck offensichtlich vorübergehende Lieferungen (nur bis zum stärkeren Ausbau der Sonnen- und Windenergie in Deutschland) zu ähnlich niedrigen Preisen wie früher beim russischen Pipeline-Erdgas wünscht. Entsprechend mager fiel das Resultat dieser Verhandlungen aus.

Der Lieferant Algerien wiederum steht im Streit mit Spanien, weil Spanien mit Marokko, das mit un-

men BP, Total, Shell, Chevron, Exxon Mobil, Saudi Aramco und andere, die vor allem in den USA, in Grossbritannien und Saudiarabien sitzen und ihren Marktanteil auf Biegen und Brechen vergrössern wollen. Selbstverständlich sind auch die riesigen Finanzinvestoren wie Blackrock etc. dabei – wie überall, wo man Geld abzweigen kann.

Produktionskapazitäten

Bis vor Kurzem gab es beim Flüssigerdgas grosse Überkapazitäten. Das ändert sich nun zur Freude der Produzenten und der ganzen Handelskette, allen voran der USA, wegen der Sanktionen der westlichen kapitalistischen Staaten – zum Beispiel wegen des Ausschlusses Russlands aus dem Swift-Zahlungssystem mit der Folge, dass Russland wie schon früher Kuba, Venezuela, Iran, Afghanistan und andere nicht mehr über ihre Dollars oder Euros verfügen können, die sie verdient haben. Auch der Widerstand Polens, der Ukraine und in erster Linie der USA gegen die innereuropäischen Pipelines sowie deren kürzliche Sabotage mittels Sprengungen vor der dänischen Insel Bornholm beschleunigt den Übergang vom Pipelinegas auf Flüssigerdgas, so dass die Überkapazitäten abnehmen. Dies führt natürlich zu weiteren Preissteigerungen der bereits stark gestiegenen Preise.

Einsatz

Flüssigerdgas kam bisher vor allem in Staaten zum Einsatz, die nicht den Vorteil hatten, Nachbarn mit grossen Gasvorkommen wie Russland und Norwegen zu haben und nicht mit Pipelines von diesen Staaten versorgt wurden. Zu nennen sind vor allem Japan, Südkorea, Pakistan, Indien und zahlreiche afrikanische Länder. Der Verbrauch von Flüssigerdgas wird in den ärmeren Ländern wegen der Sanktionen gegen Russland und

gene Bevölkerungen protestieren zu Recht gegen das Fracking und wehren sich gegen die Verseuchung ihres Grundwassers und gegen die Zubetonierung ihrer Gebiete mit Industrieanlagen und Strassen.

Im Empfängerland wie in den Lieferländern müssen riesige Häfen und Umschlagplätze, neue Pipelines und Strassen erstellt werden, um das gelieferte Flüssigerdgas zu verteilen. Die nötige Infrastruktur verbaut gewaltige Mengen an grauer Energie – umso absurder, als mit Nord Stream 1 und 2 ja eigentlich eine funktionierende Erdgasverteilung vorhanden wäre.

Preisentwicklung

Das aufwendige Förderverfahren, grösstenteils mit Fracking, die teure Kühlung und der komplizierte Transport des Flüssigerdgases sowie die grosse Zahl der beteiligten privaten Unternehmer, die wie im Kapitalismus üblich alle einen Teil des Gesamtprofites beanspruchen, treiben die Preise in die Höhe. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire meinte, es sei inakzeptabel, wenn Washington sein verflüssigtes Erdgas zum vierfachen Preis an die EU verkaufe, den es für seine heimischen Industrien festlege.

Die nun wegen der erwähnten Spekulationen und der anschliessenden Sanktionen gegen Russland sowie der Kappung der russischen Pipelines weiter steigenden Gaspreise stellen für die Bevölkerung der ärmeren Staaten eine gewaltige Bedrohung dar – erstens müssen Weltmarktpreise bezahlt werden und zweitens ist in diesen Ländern der Anteil für Brennstoffe am persönlichen Budget der Menschen ohnehin schon viel höher als im reichen Westen. Das betrifft unter anderem Länder wie Pakistan, Indien, Bangladesch, Thailand sowie grosse Teile des afrikanischen Kontinentes. Gerade in schwach elektrifizierten Ländern ist Gas neben Brennholz und anderen gesammelten Brennstoffen oft für das Kochen und manchmal auch für die Lebensmittelskühlung unabdinglich. Selbstverständlich steigen auch die Preise für Butan und Propan in Gasflaschen ähnlich wie die Preise für das Flüssigerdgas und das Erdgas generell.

Ökobilanz

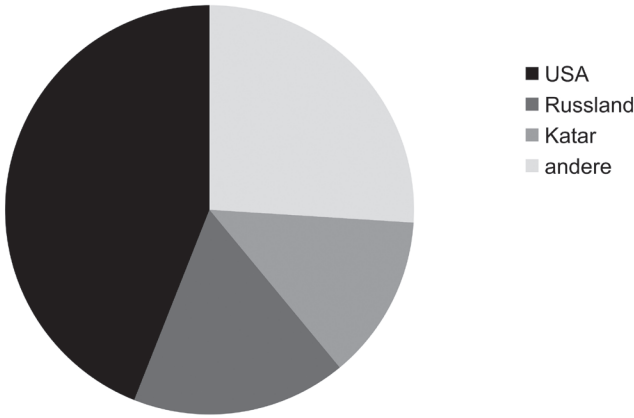
Die Ökobilanz von Flüssigerdgas wird von vielen Experten als extrem schlecht bezeichnet und mit jener von Kohle verglichen; mit anderen Worten ist die Ökobilanz des Flüssigerdgases so schlecht wie jene des negativen Rekordhalters unter den fossilen Energien. Schon die Verflüssigung verschlingt 10 bis 25 Prozent seines Energiegehaltes. Somit ist die Abkehr vom in Pipelines geführten Erdgas zu Flüssigerdgas ein gewaltiger Rückschritt, der uns in der Klimapolitik wieder zurückwirft.

Beim Flüssigerdgas sind die ökonomischen und energetischen Investitionen in die nötige Infrastruktur weitgehend «für die Katze», denn so oder so wird die Sonnen- und Windenergie auch das Flüssigerdgas ersetzen. Der Ersatz fossiler durch nachhaltige Energien sollte jedoch aus ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen planmässig und überlegt möglichst schnell erfolgen und nicht über einen ökologischen Rückschritt, den insbesondere die deutschen «Grünen» mit ihrer sich den Interessen des Flüssigerdgasexporteurs USA vollständig unterordnenden Aussenpolitik den Völkern Europas eingebrockt haben.

Die «Grünen» in Deutschland haben sich mit ihrer blinden USA-Hörigkeit in eine in ökologischer, ökonomischer, sozialer, innen- und aussenpolitischer Hinsicht schier ausweglose Situation manövriert und die früheren Ziele der Gründergeneration ihrer Partei verraten und damit Europa nachhaltigen Schaden zugefügt.

Exporteure von Flüssigerdgas in die EU Jan.-Sept. 2022

Statistik: EU-Kommission / Grafik: Autor



gebremsten Flüchtlingsströmen nach Spanien droht, einen Deal zu Lasten der Westsahara eingegangen ist – bisher galt die illegale Annexion der Westsahara durch Marokko für die Europäer als völkerrechtswidrig.

Dass nun auch Russland ein bedeutender Exporteur von Flüssigerdgas nach Europa geworden ist, zeigt die ganze Absurdität der europäischen Energie- und Sanktionspolitik, die eher von Interessen einzelner Konzerne bestimmt wird als von gesamtstaatlicher Rationalität – anders gesagt, artet die Politik immer mehr in Public Relations und Show für das schlecht informierte Publikum aus. Beim Flüssigerdgas tritt eben im Gegensatz zur weitgehend staatlich bestimmten oder wenigstens staatlich kontrollierten Pipeline-Infrastruktur eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen auf – Börsen und Banken, Logistikunternehmer jeder Art, Schiffsreeder, Hafenbetreiber, Grosskonzerne für Handel, Einkauf und Verkauf, wie es sich im Kasinokapitalismus gehört, so beispielsweise die als Ölkonzerne bekannten Unternehm-

wegen des Ersatzes des billigen russischen Erdgases durch teures nordamerikanisches Flüssigerdgas sicher relativ zum gesamten Weltmarkt, wohl aber auch in absoluten Zahlen zurückgehen.

Produktion, Transport, Verteilung

Flüssigerdgas kann grundsätzlich überall dort produziert werden, wo Erdgas gefördert werden kann. In den USA, in Kanada und teilweise auch in andern Ländern wie Australien wird das Erdgas (und damit auch das Flüssigerdgas) zu grossen Teilen mittels «Fracking» aus den Gesteinschichten unter dem Erdboden herausgepresst. Dabei wird ein Gemisch aus Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst. Dieses Gemisch verdrängt das Erdgas und bringt es an die Oberfläche. Fracking ist in Europa aus naheliegenden Gründen (Gewässerschutz!) noch in den meisten Staaten verboten.

Auf dem amerikanischen Kontinent und in Australien gibt es immer wieder Widerstand gegen Fracking. Indi-

SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Das Nord-Stream-Ende und der eindimensionale Blick von SRF

Wer sprengte die Gasleitungen vor Dänemarks Küste? Der Umgang bei SRF mit dieser Frage ist noch spannender als die Frage selbst.

Von Alva Noi

Die Fakten sind klar. Vier Leitungen, vier Explosionen und zum Schluss eine fast einheitliche Berichterstattung auf der Suche nach den Tatverdächtigen. Auch auf den Sendeketten von SRF blühte der journalistische Durchschnitt: Keine kritischen Fragen! Doch der Reihe nach.

Terrorakt von Spezialisten

Ein Hobbytaucher könne es nicht gewesen sein, eine Gruppe Fanatiker komme auch nicht infrage. Ein staatlicher Akteur müsse hinter den Anschlägen stecken, es brauche Logistik und Knowhow. Darüber sind sich die Medien einig.

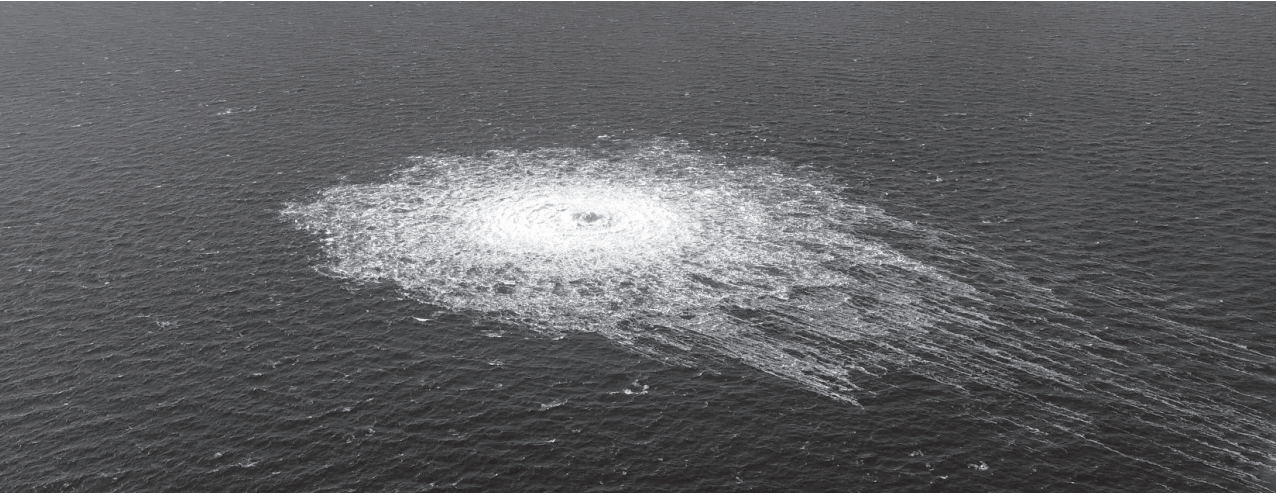
Zu den klaren Fakten gehört auch eine lange Vorgeschichte. Nord

Gewässer, begangen aber durch die Russen? Sabotageakt einer eigenen Leitung als Beweis der Möglichkeiten für einen Ernstfall auf systemrelevante Westinfrastruktur? Wir sind da vermutlich am Ende des Lateins in Leutschenbach angekommen.

Der Elefant im Raum

Da nun aber alle diese SRF-tauglichen Erklärungen in sich genug widersprüchlich waren, wurde im Moderationsgespräch der mögliche Elefant im Raum doch noch angesprochen: Es könnten die Amerikaner gewesen sein! So krude die Thesen mit den Russen waren, so interessant war dann die Herleitung der These mit den Amerikanern. Die Frage, welche Interessen die Amerikaner haben könnten, stellte Dominik Brand

mit nicht deklarierten Interessen mit. Doch zurück zum Moderationsgespräch, schliesslich steht die Frage ja im Raum, und Gsteiger muss Antworten liefern. Machbar für die USA, ja, meint der Experte, daher kämen die USA ebenfalls infrage. Es mache aber keinen Sinn, da beide Pipelines ja gar nicht in Betrieb waren. Da scheint die Intelligenz in Leutschenbach nun wirklich auf dem Tiefpunkt angekommen zu sein. Diese Voraussetzungen gelten ja für alle anderen auch! Gsteiger weiter: «... Und der kurzfristige Effekt, dass die Gaspreise gestiegen sind, liegt ja auch nicht im amerikanischen Interesse.» Ist das wirklich so? Immerhin nehmen einige Tanker mit Flüssiggas aus den USA seit dem Versiegen der «Nord Stream»-Leitungen und den als Folge gestiegenen Preisen Kurs auf Europa. Und das ist nur mit teurem Gas möglich! Da war dann doch viel Goodwill gegenüber



Gasleck an der Nord-Stream-Pipeline. Quelle zVg

Stream 1 brachte seit November 2011 russisches Billiggas zum Industriestandort Deutschland. Nord Stream 2 hätte die Kapazität erhöhen sollen, wurde jedoch nie in Betrieb genommen. Deutschland hätte die fertig gebaute Leitung noch zertifizieren müssen, verzichtete dann aber darauf. In Washington waren sich Republikaner wie Demokraten einig: Deutschland darf nicht zertifizieren!

Cui bono?

Als es in der Ostsee dann 70 Meter unter der Meeresoberfläche mehrfach krachte, dominierte auf dem Festland eine Frage: Wer war es? Und auch die Journalisten der Sendungen von SRF warfen sich in den Kampf um die Wahrheitsfindung. Chefsache, hiess es wohl intern, ein Fall für Fredy Gsteiger. In News Plus vom 28. September 2022 beantwortete der Sicherheitsexperte und stellvertretende Chefredaktor Fragen von Dominik Brand. In diesem Gespräch kamen Russland und die Ukraine als einzige mögliche Urheber der Terrorakte in Frage. Und mit den Antworten auf diese beiden Fragen hörten die Fakten dann endgültig auf. Fredy Gsteiger betrat das weite Feld der Spekulationen.

Der Russe war's!

Russland möchte den Gaspreis manipulieren, Russland möchte die Ukraine durch eine «False flag»-Aktion diskreditieren und Russland will seine Sabotagepotenz zeigen. Es könnte ja auch einmal systemrelevante Infrastruktur des Westens treffen. Drei gewagte Thesen aus der Küche: Der Russe war's. Die Ukraine als Verursacher sei von vornherein nicht plausibel.

Hm, da staunte ich schon mal beim Hören. Gaspreis manipulieren durch Sabotageakte? Eine Aktion der Ukrainer weit weg von ihrer Heimat in einem für sie gänzlich unbekannten

nicht. Vielmehr zitierte er, was in den sozialen Medien viele glaubten und framte diese Frage. «Gibt es denn sonst noch jemanden, der infrage käme? Ja sagen die sozialen Medien und kramen (sic!) ein Statement von Präsident Biden hervor!» Es folgt im Moderationsgespräch ein Einspieler der Pressekonferenz von Biden mit dem abgewatschten Scholz und dem Zitat, die USA würden die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 bei einem Einmarsch der Russen in die Ukraine unterbinden. Und auf eine journalistische Nachfrage nach dem Wie, da Nord Stream 2 ja schliesslich in deutschen Händen sei: Ich verspreche, wir sind fähig das zu tun. Dann wieder die Moderation. «Logisch, das ist eine Aussage, die nun ganz anders verstanden werden könnte, Stichwort Verschwörungstheorie! Was sagt unser diplomatischer Korrespondent zur USA-Theorie?»

Einfache Welt

Da haben wir es also wieder, der Meinungskorridor ist definiert. Selten wird der Prozess der Einengung der Gedanken so deutlich und unverhohlen präsentiert. Für Gsteiger kommen die beiden aufeinander schießenden Konfliktparteien infrage. Geht es um nicht deklarierte Interessen westlicher Staaten wie der USA (oder auch England), so bewegen wir uns auf verminntem Gelände: Was nicht sein darf, das darf auch nicht in Erwägung gezogen werden und muss mit der Keule der Verschwörung bekämpft werden. Mit diesem Moderationsgespräch erreicht SRF einen weiteren Tiefpunkt der Auslandsberichterstattung. So lässt sich kein kritischer Journalismus betreiben. Nicht, dass irgendjemand wüsste, wer 70 Meter unter der Wasseroberfläche die Röhren bersten liess. Ich auch nicht. Doch immerhin gibt es mehr als zwei Player im ganzen Konflikt, und auch die USA mischen

den vermeintlichen Freunden auf der anderen Seite des Atlantiks Vater der Recherche, gepaart mit einer grossen Portion Blindheit gegenüber der Realität.

Bestens überwachte Ostsee

Wer war es – die zentrale Frage! Wurde die Frage auf SRF weiterverfolgt? Ebenfalls Fehlanzeige! Kein Meer auf der Erde ist wohl so kontrolliert wie die Ostsee. NATO-Länder und NATO-freundliche Nationen säumen die Ufer. Für russische Schiffe verkommt der Weg nach Sankt Petersburg zur Spalierfahrt. Ist es glaubwürdig, dass die NATO nicht weiss, wer sich da in den Gewässern um die Explosionsherde im letzten September aufhielt? Setzte die Satellitenüberwachung aus? Oder die Unterwasserüberwachung mit Hydrophonen? Ich habe in der ganzen deutschsprachigen Presse in der Zeit nach dem grossen Knall nur einen Artikel mit dem Wort «Hydrophon» gefunden. Dabei ging es um die Erforschung der Geräuschkulisse schmelzender Eisberge in Grönland. «Der Klang von Eis, das verschwindet», so der Titel in einer österreichischen Kleinstzeitung. Es ist also möglich, schmelzende Eisberge akustisch einzufangen – U-Boote, die über einen Antrieb verfügen müssen, aber nicht? Ich habe meine Zweifel!

Hier die Guten – dort die Bösen

Es ist eine einfache Welt, in die uns Herr Gsteiger einmal mehr mit seinen Einschätzungen blicken lässt: Hier die Guten, dort die Bösen. Die Entrüstung über den Einmarsch der russischen Armee im Februar war gross. Das ist verständlich. Dass proportional zur Entrüstung der Blick aufs Geschehen eingeengt wird, hingegen nicht. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach?!



USA in der UNO isoliert. Die Sicht des kubanischen Zeichners Adán. Quelle zVg.

Erneute Verurteilung der USA durch die UNO Taten folgen lassen

Anlässlich ihrer DV vom 5. November 2022 in Bern verabschiedete die Vereinigung Schweiz-Cuba zur UNO-Abstimmung über die US-Blockade gegen Cuba eine Resolution, die wir nachstehend in Auszügen abdrucken.

«Am Donnerstag, 3. November 2022 hat die UN-Generalversammlung zum 30. Mal seit 1992 und erneut mit überwältigender Mehrheit die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre Beendigung gefordert. **185 Staaten votierten für das unverzügliche Ende der US-Blockade.** Lediglich die USA selber und Israel stimmten dagegen, bei zwei Enthaltungen. (...)

Mit deutlichen Erklärungen prangerten diverse Rednerinnen und Redner an der UN-Vollversammlung die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung an. Zudem forderten sie von der US-Regierung, den von Donald Trump im letzten Augenblick seiner Amtszeit gefällten Entscheid, Cuba auf die «Terrorliste» zu setzen, endlich rückgängig zu machen. (...)

Das Ziel der US-Blockade gegen Cuba – bekanntgeworden nach der gesetzlichen Frist zur Geheimhaltung – war von Anfang an **«das wirtschaftliche Leben zu schwächen..., damit die nominalen und realen Löhne**

senken, um so Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu erreichen».

Die US-Blockade verursacht in Cuba enorme Schäden und beeinträchtigt eine selbstbestimmte Entwicklung. Allein der direkte ökonomische Schaden Kubas beträgt bislang rund 1.391 Milliarden US-Dollars.

Die brutale Blockadepolitik hat ausserordentlich dramatische Folgen für die kubanische Bevölkerung: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung sogar für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden, das Transportwesen muss massiv eingeschränkt werden, US-Touristen dürfen nicht nach Cuba, ohne Schikanen zu erleiden, usw. (...)

Die Vereinigung Schweiz-Cuba fordert von der Schweizer Regierung, dass sie nach ihrem JA zur Aufhebung der Blockade in der UNO nun «auch Taten folgen lässt und mithilft, dass dem Völkerrecht nachgelebt wird. Cuba führt keinen Krieg, und es bedroht auch niemanden. (...)»

Leserbrief zu «Militaristische Augenwischerei»

«Zusammen eine bessere Lösung finden»

Liebe Redaktion von «Unsere Welt»

Zwar verstehe ich, dass Zeno Casella die Service Citoyen Initiative als militaristisch bezeichnet und also ablehnt. Artikel 2 und 3 führen auf diese Spur. Doch finde ich es angebracht, dass jeder dazu fähige Mensch, der in der Schweiz wohnt, einen persönlichen Dienst für das Leben und Zusammenleben unserer Gesellschaft leistet. Seine Dauer muss sorgfältig und flexibel austariert werden.

Ich weiss nicht, was aus dem Zivildienst geworden ist und in welchem Verhältnis er heute zum Militärdienst steht. Ich bin in verschiedenen Institutionen «Zivis» begegnet und habe mich stets gefreut über ihre (oft sehr kompetente!) Mitarbeit. Schon mancher hat als «Zivi» nicht nur Nützliches fürs Gemeinwohl getan, sondern auch für sein Leben entscheidende Impulse erhalten.

Ich selbst habe ungerne Militärdienst geleistet, auch aus Gewissensgründen, aber es musste sein, es war ja noch kalter Krieg etc. Wenn ich dann Männern begegnete, welche keinen Militärdienst leisteten, fand ich das ungerecht und ärgerte mich. Ich erinnere mich, wie wir in den 60er-Jahren als Studenten der Verhandlung eines Armeegerichts über einen Kommilitonen mitverfolgten, der dann ins Gefängnis musste.

Die Befürchtung «Lohndumping» kann ich zwar verstehen, aber mit intelligenter Planung lässt sich solches vermeiden.

«Eine Initiative zum Vergessen» schreibt auch die SP. Warum ändern einfach die kalte Schulter zeigen? Müssten wir «Friedensbewegten» nicht vielmehr nach Kräften das Gespräch suchen mit ändern, welche auch – halt auf ihre Weise und aus ihrer Sicht – das Beste für unser Zusammenleben suchen? In diesem Fall also mit den InitiantInnen? Im Gespräch erweist sich vielleicht, dass sie oder wir einen blinden Fleck haben oder hatten und wir zusammen eine bessere, zielführende Lösung finden. Auch unsere Sicht ist ergänzungsbedürftig.

Max Heimgartner, Aarau

«Wir brauchen Medien, welche die Wahrheit sagen»

Desinformation und Propaganda

Auf der Konferenz «Welche Medien für den Frieden?», die von verschiedenen Friedens- und Solidaritätsgruppen aus der Schweiz organisiert wurde, zeigten kritische Medienschaffende auf, wie die Medien die Öffentlichkeit manipulieren und dazu beitragen, dass progressive Regierungen gestürzt, Kriege angezettelt werden und der Wille der Mächtigen durchgesetzt wird.

Von Tarek Idri

Zwei Tage lang stand auf einer Konferenz in Solothurn das Verhältnis der Medien zum Krieg und zum Frieden im Mittelpunkt. Über hundert TeilnehmerInnen und zehn internationale ExpertInnen und Medienschaffende diskutierten über die Probleme der Desinformation und der Medienmanipulation sowie über Ansätze, wie alternative Medien aussehen und organisiert werden können.

Die Konferenz wurde von Gabriel Galice, Präsident des Genfer Friedensforschungsinstituts GIPRI, sowie von Natalie Benelli von der Vereinigung Schweiz-Cuba und treibende Kraft hinter der Konferenz eröffnet. Die Mehrheit der Menschen würde sich Frieden wünschen, nur eine Minderheit, «die Grossmächte und ihre Oligarchien» hätten ein Interesse am Krieg. Galice wies darauf hin, dass die Medien eben ein Mittel sind, mit dem die Minderheit die Mehrheit des Volkes beherrschen könne. Die Konzernmedien verbreiten Desinformation und würden bestimmte Bilder vermitteln, um Krieg und Gewalt zu legitimieren.

Ideologische Kontrolle

Alan MacLeod, investigativer Journalist für das Newsportal «MintPress News», berichtete, wie in seinem Heimatland, in Grossbritannien 70 Prozent der Medien von nur drei Konzernen kontrolliert werden. Selbst in der Schweiz, wo die sprachlichen Unterschiede eine grössere Diversität an Medien bewirken würden, wird die Hälfte des Marktes von wenigen grossen Medienkonzernen dominiert. Diese Grosskonzerne würden eine strikte ideologische Kontrolle über ihre Angestellten ausüben und bestimmen, was und worüber sie berichten dürfen. Der Axel-Springer-Verlag beispielsweise schreibt seinen JournalistInnen bestimmte «Werte» vor. Das «transatlantische Bündnis» zwischen den USA und Europa, das «Existenzrecht des Staates Israel» und die «freie Marktwirtschaft» müssen unterstützt werden. Laut MacLeod würden die Massenmedien dazu beitragen, «ideologische Hegemonie» zu schaffen und die Sichtweise der Eliten als «Common Sense» zu verkaufen.

MacLeod zeigte allerdings auch, dass die traditionellen Medien in einer schweren Krise stecken. Printmedien und Fernsehen würden von immer weniger Menschen als primäre Nachrichtenquelle benutzt, eine Rolle, die zunehmend von den Online-medien und Social Media übernommen wird. Das Internet wird – in noch stärkerem Ausmass als bei den traditionellen Medien – von gigantischen Monopolen wie Amazon, Google und Facebook dominiert. Dadurch haben sie enorm viel Macht, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Und das wird von ihnen auch gemacht. Eine Studie über Twitter zeigte, dass dessen Algorithmus rechte PolitikerInnen stärker begünstigt als linke. «Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hat sogar zugegeben, dass er auf seiner Plattform den Internetverkehr auf linksgerichtete Medien unterdrückt, explizit wegen ihrer politischen Ausrichtung», bemerkte MacLeod. Besorgniserregend sind für ihn auch die zunehmenden Verbindungen zwischen den Internetgiganten und den US-Nachrichtendiensten: Innerhalb der letzten drei Jahren wurden Hunderte FunktionärInnen der CIA,

FBI, NSA bei Facebook, Google und Co. angestellt.

Fehlende Mitmenschlichkeit

Christian Müller, der die Mainstream-Medien als als ehemaliger Redaktor beim «Badener Tagblatt» und als Medienmanager beim Ringier-Konzern auch von innen kennt, ging in seinem Referat näher auf das Berufsbild des Journalisten ein. Er bemängelte an den heutigen JournalistInnen, dass sie zwar meist journalistisch gut ausgebildet seien, aber «von Geschichte

Maurice Lemoine, ehemaliger Chefredaktor der «Monde Diplomatique», und André Scheer, ehemaliger Ressortleiter bei «junge Welt», zeigten in ihren Beiträgen beide jeweils auf, wie die US-Regierung mittels Medien und NGOs Propagandakampagnen gegen die fortschrittlichen Regierungen in Lateinamerika führen würde. Lemoine informierte darüber, wie in den verschiedenen Mainstream-Medien bis in die katholische Presse hinein Lügen, Verdrehungen und Falschmeldungen über die linken Regierungen Lateinamerikas verbreitet werden. Scheer ging auf die lange Geschichte der US-Medienkampagnen gegen Kuba ein. Angefangen mit verschiedenen Radiosendern, die von der CIA betrieben wurden wie Radio Swan und später Radio Martí, werden



Die westlichen Medien stellen Nazis in der Ukraine und Islamisten in Syrien als Freiheitskämpfer dar. Carlos Latuff/mintpress.com

keine Ahnung haben» und politische Ereignisse deshalb oft nicht richtig analysieren und verstehen könnten. Bei CH-Media, dem grössten Schweizer Medienkonzern im Bereich der Regionalzeitungen, schrieb der Chefredaktor Patrik Müller 2019 über den sogenannten D-Day: «Heute vor 75 Jahren begann die Befreiung Europas von den Nazis.» Christian Müller zeigte jedoch auf, dass es sich hierbei um eine Verfälschung handelte, da die Befreiung Europas von den Nazis viel früher begann, nämlich mit der Schlacht um Stalingrad im Winter 1942/1943 sowie der Schlacht bei Kursk im Juli 1943, bei denen die Rote Armee der Sowjetunion die Nazis entscheidend schlugen. Müller vermisst auch eine «fehlende Mitmenschlichkeit» bei den JournalistInnen heutzutage. Konkret im Ukraine-Konflikt würden die westlichen Medienschaffenden sich fast durchgehend gegen Friedensverhandlungen mit Russland aussprechen und zum militärischen Sieg über Russland aufrufen.

mittlerweile auch auf den Social-Media-Kanälen Kampagnen gegen die kubanische Regierung orchestriert. Mit unechten Twitter-Accounts wurde 2021 der regierungsfeindliche Hashtag #SOSCuba verbreitet. In Sekundenschnelle werden gefälschte Bilder und Falschmeldungen im Internet gestreut. Gleichzeitig werden die Online-Kanäle von der kubanischen Regierung von den Internetkonzernen unterdrückt und gelöscht.

«Schnelligkeit ist Nachteil»

Am zweiten Tag der Konferenz wurde der Fokus auf die Rolle der Medien zur Förderung von Krieg gelegt. Karin Leukefeld, Nahostkorrespondentin unter anderem für «junge Welt» und «Rubikon», stellte fest, dass mit Satelliten, Smartphones und Internet mittlerweile massenhaft Informationen in Windeseile verbreitet werden. Früher reiste man zum Ort des Geschehens, sprach mit AugenzeugInnen, Aussagen wurden überprüft. Das alles benötigte seine Zeit. Heute muss alles so schnell wie möglich gehen,

aber: «Für die Seriosität von Nachrichten ist Schnelligkeit ein Nachteil», erklärte Leukefeld. Eine problematische Entwicklung der letzten Jahre sei der Einsatz von sogenannten BürgerjournalistInnen oder Leser-ReporterInnen, die Geschehnisse mit dem Mobiltelefon aufnehmen und kommentieren. Leukefeld nannte das Beispiel des angeblichen Giftgasangriffs im syrischen Douma. 2018 berichteten «BürgerjournalistInnen» der Weisshelme-Organisation auf Social Media über Tote durch einen Chemiewaffeneinsatz. Dafür wurde die syrische Armee verantwortlich gemacht. Die USA und ihre Verbündeten starteten aufgrund dieser unbestätigten Vorwürfe einen Vergeltungsangriff gegen Syrien – ein Völkerrechtsbruch. Bis heute ist allerdings nicht erwiesen, dass die syrische Armee hinter dem Vorfall in Douma stand.

Kriegspropaganda

Gilles-Emmanuel Jacquet, ein Experte von GIPRI, sprach über einseitige Berichterstattung und Desinformation zur Förderung von Kriegen. Er erinnerte in seinem Referat an die Rolle der Medien im Jugoslawienkrieg, bei dem einseitig berichtet und selten auf den historischen und politischen Kontext eingegangen wurde. 2003 wurden Lügen über Massenvernichtungswaffen im Irak verbreitet und als Vorwand für den Einmarsch der USA genutzt. An der gegenwärtigen Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine kritisierte Jacquet, dass es keine historische Einordnung des Konflikts gäbe, die Rolle der westlichen Mächte und ukrainischer UltrationalistInnen bei den Maidan-Ereignissen unterschlagen wird sowie dass die westlichen Medien die ukrainische Kriegspropaganda ohne kritische Überprüfung weitergeben.

Jaques Baud, ehemaliger Schweizer Geheimdienstoffizier und NATO-Berater, gab einen Einblick in seine Vorgehensweise bei der Berichterstattung zur Ukraine. Ihm sei die Faktenorientierung wichtig, er stütze sich auf keine Medien mit «extremer» politischen Ausrichtung und ausschliesslich auf westliche Quellen, um dem Vorwurf der Russland-Propaganda zu entgehen. Der Zweck seiner Arbeit sieht Baud darin, zu zeigen, «wie schlecht wir informiert sind».

Im Austausch

Zum Schluss der Konferenz wurden zwei Medienprojekte vorgestellt, die sich für den Frieden einsetzen und nicht marktorientiert sind. Lisa Daniell blickte auf ihre 40-jährige Erfahrung mit dem Women's Press Collective (WPC) in New York zurück. Das WPC, welches von Frauen aus der Gewerkschaftsbewegung gegründet wurde, arbeitet ausschliesslich auf freiwilliger Basis und versucht, Medien aufzubauen, die nicht den Interessen der reichen Elite, sondern den

Interessen der Bevölkerung dienen. Das WPC würde laut Daniell ohne staatliche Finanzierung und ohne die Unterstützung von Grosskonzernen arbeiten, stattdessen finanziert es sich durch kleine Spenden. Das WPC gibt kostenlose Kurse in der Drucktechnik und Medienarbeit und unterstützt andere Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit engagieren, durch den Druck ihrer Publikationen und ihres Materials. Für das WPC sind die zwischenmenschlichen Kontakte sehr wichtig, die beim persönlichen Verteilen von Flyern, Broschüren, Zeitschriften entstehen. Das bereite viel Arbeit, sei aber «der beste Weg, um die Menschen einzubeziehen und eine starke Organisation mit tiefer Verwurzelung in der Community aufzubauen». Die Strategie von WPC besteht darin, JournalistInnen, DruckerInnen, GrafikerInnen mit den Communities in Verbindung zu setzen. Daniell erklärte: «Wir brauchen Medien, welche die Wahrheit sagen, die aber auch enge Verbindungen zu denjenigen Communities haben, welche die Wahrheit hören müssen.»

Informationen als Ware

Als letztes berichtete Thierry Derronne von seinem Medienprojekt in Venezuela, das versucht, Fernsehen von den Menschen für die Menschen zu produzieren. Bereits am Samstagabend wurde sein Dokumentarfilm «Nostalgiefrauen der Zukunft» über die Selbstorganisation in den Kommunen Venezuelas gezeigt. In seinem Referat erklärte Derronne, wie sich sein Projekt «terra tv» von herkömmlichen Nachrichtensendungen unterscheidet. Sendungen wie die Tagesschau zeigen seit 60 Jahren immer dasselbe: Naturkatastrophen, Tote, Massaker – eine chaotische Welt gegenüber hilflosen Menschen. Nachrichtensendungen sind laut Derronne aus Kostengründen eigentlich nur Radionachrichten mit Bildern. Informationen sind dabei in blosse Waren umgewandelt. Wie kann man nun Alternativen dazu schaffen? Derronne forderte, man müsse den Menschen zuhören. Das Fernsehprogramm soll wie eine Frage gebildet sein, «nicht wie eine Antwort, auf die niemand gewartet hat».

Die Konferenz «Welche Medien für den Frieden?», die auch von der SFB unterstützt wurde, bot Raum für Diskussionen über die Rolle der Medien beim Schüren von Konflikten und Kriegen, aber auch für Überlegungen, wie Medien aussehen könnten, die tatsächlich der Bevölkerung dienen könnten. Die Konferenz brachte kritische Medienschaffende mit ihrem Publikum direkt ins Gespräch. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht die letzte Veranstaltung dieser Art in der Schweiz gewesen ist. Die Redebeiträge der Konferenz werden laut OrganisatorInnen in Kürze in einem Sammelband erscheinen und als Videos zugänglich gemacht.

Julian Assange

Auslieferung, Berufung, Auslieferung...

Nichts Neues im Fall Julian Assange, ihn zu vergessen, wäre aber fatal. Zu gross ist seine Bedeutung für eine freie Presse.

Von Alva Noi

Ein paar Quadratmeter Zellenfläche, eine Stunde Hofgang – an den Haftbedingungen der Auslieferungshaft für Julian Assange hat sich nichts geändert. Status quo also in Belmarsh. Veränderungen gab es indessen im Umfeld. Mitte Juni genehmigte die damalige britische Innenministerin Priti Patel die Überstellung in die USA. Dagegen legten die Anwälte von Assange Berufung beim High Court ein. Die Berufung ist noch hän-



gig. Nächste Runde also im Auslieferungspoker um Assange.

Regelmässig über das Schicksal von Julian Assange zu berichten, heisst im Moment auch, sich zu wiederholen. Die Auslieferungshaft ist wie eine vorgezogene Haftstrafe ohne Urteil. Dagegen wehrten sich auch Politiker. Zum Beispiel Annalena Baerbock. Allerdings nur so lange, wie sie nicht Aussenministerin war. Seit sie mitregiert, hat sie andere Probleme. Jetzt geht es vielmehr um eine Wertedefinition. Was soll denn wie mit Waffenzulieferungen wo verteidigt werden? Auch Trump liebte Wikileaks. Auch er vergass Assange, als er abgewählt wurde. Da hätte die Möglichkeit zu einer Begnadigung bestanden. Übri-

gens auch schon bei Obama, als er aus dem Amt schied.

Assange hat nicht nur Kriegsverbrechen publik gemacht, er hat auch Peinlichkeiten weiterverbreitet. So wurde im Jahre 2010 plötzlich öffentlich, was US-Diplomaten über europäische Politiker dachten. Merkel sei wie «mit Teflon beschichtet», der frühere deutsche Aussenminister Westerwelle «inkompetent und eitel», und der französische Expräsident Sarkozy «ein Kaiser ohne Kleider». Wenig Schmeichelehaftes war da zu lesen.

Was sagen US-Diplomaten heute wohl über den von Biden abgewatschten Scholz? Oder über Annalena Baerbock? Ach, wie gut täten doch ein paar Whistleblower auf Wikileaks!

40 Jahre Genossenschaft Riehentor Basel

Selber machen, möglich machen

Mit Freude und Stolz blicken wir auf 40 Jahre Genossenschaft Riehentor zurück.

Von Ruedi Moser

Die Geschichte des Gebäudes geht bis ins Jahr 1492 zurück, als der Ochsen, wie das Haus damals hiess, zum ersten Mal erwähnt wird. Insgesamt sind im Staatsarchiv nur wenig Dokumente erhalten, meist geht es ums Geld. So wurde 1546 der Ochsen für 200 Pfund verkauft und 200 Jahre später für 2000 Pfund. 1785 waren es schon 6000 Pfund. 1830 hat ein Metzger hier sein Gewerbe betrieben und bald darauf daneben eine Weinschenke eingerichtet.

Machen wir einen Sprung in die neuere Geschichte. In die 1970er und 80er Jahre. Der kalte Krieg tobt, es wird aufgerüstet, die NATO fällt den stark umstrittenen Doppelbeschluss, die Kriegsgefahr steigt und auch der Widerstand dagegen. Die 1949 gegründete Schweizerische Friedensbewegung hat alle Hände voll zu tun. Sie braucht dringend Büro- und Versammlungsraum. Weil dies nicht einfach zu haben ist, kommt bald die Idee auf, für etwas Eigenes Ausschau zu halten und so unabhängig von Vermietern zu werden. Man schaut und plötzlich geht alles schnell. Das Torstübli steht zum Verkauf und zwar zusammen mit der Nachbarliegenschaft.

Enorme Eigenleistungen

Das Motto lautet nun: mach es möglich, mach es einfach, mach es einfach möglich. Am 8. September 1982 wird im 1. Stock des Restaurant Holzschopf von 15 Leuten die Genossenschaft Riehentor Basel gegründet. Am 1. Oktober wurden die beiden Liegenschaften gekauft. 1,1 Mio. Franken mussten zusammengekratzt werden. Die Genossenschaft ist schnell auf 60 Mitglieder angewachsen. Zum Glück sind unter den Friedensfreunden viele Handwerker.

Uns wurde bald klar, um die Liegenschaften in einen Normalzustand zu bringen, braucht es sehr viel Arbeit. Wir alle haben gemerkt, warum

es Genossenschaft heisst: alle Genossen haben geschafft, und wie! Selber machen, einfach machen, möglich machen.

Im Februar 1993 wurde das Restaurant Torstübli wieder eröffnet. Wir konnten Wohnungen vermieten und das Wichtigste, die Schweizerische Friedensbewegung konnte ihre Räume beziehen. Die Renovationsarbeiten sind allerdings weitergegangen. Wir haben Wohnung für Wohnung, Raum für Raum instand gestellt. Böden, Wände, Fenster, Küchen, Bäder, Heizung, etc. alles wurde erneuert.



Ruedi Moser eröffnet das Fest der Genossenschaft Riehentor. Quelle UW

Auch dies in den ersten Jahren durch enorme Eigenleistungen der Genossenschafter. Nicht alles konnten wir selber machen, natürlich wurden auch Handwerksfirmen beauftragt, Elektroinstallateure, Spengler und Sanitärfirmen, oder Dachdecker. In den ersten 25 Jahren hat die Genossenschaft mehr als 2 Millionen Franken in die Instandsetzung der Liegenschaften gesteckt.

Wir können stolz sein

Seit 1984 sind alle Gebäude unter Schutz gestellt und das auf freiwilli-

gen Antrag der Genossenschaft. Wir freuen uns immer wieder, wenn der Heimatschutz in seinen Publikationen die Genossenschaft lobend erwähnt. Und wenn es hier heute so schön und gepflegt aussieht, so einfach war es nicht immer. Gerade in der ersten Zeit nicht. Einmal war die Genossenschaft sogar vom Konkurs bedroht, weil sie ihren Verpflichtungen fast nicht mehr nachkommen konnte. Der Grund war, dass die Bank wegen einer Sicherstellungshypothek der Brauerei Warteck, keine Kredite mehr sprechen konnte. Die Genossenschaft hatte bei der Brauerei keine Schulden, dennoch war diese nicht bereit den Schuldbrief löschen zu lassen. Damit die Genossenschaft überleben konnte, brauchte es also wieder Geld. Julius und Gertrud Jäggi, Hans und Louise Stebler haben dann auf ihr Wohneigentum Hypotheken aufgenommen und der Genossenschaft zu Liquidität verholfen. Legendär die Aussage von Julius Jäggi: «Bevoor d Gnosseschaft Konkurs goot, wird i dr letscht Ziegel verpfände.» Kann sein, dass die Warteck das gehört hat. Jedenfalls hat sie die Sicherstellung 1986 löschen lassen und die Genossenschaft konnte mit der Bank wieder normal und entspannt zusammenarbeiten. Alle Kredite wurden zurückbezahlt und die Angst um die Existenz war weg.

Bis heute ist auch die Schweizerische Friedensbewegung im Törl zu Hause und zwar so wie in den Statuten der Genossenschaft vorgesehen, mietfrei. Dass wir das geschafft haben, darauf können wir stolz sein. Dabei dürfen wir all jene nicht vergessen, die hier gekrampft haben, ihr Herzblut gegeben haben und nicht mehr unter uns weilen. Stellvertretend für all jene möchte ich nur einen benennen: Joe. Ohne Hans «Joe» Stebler gäbe es diese Genossenschaft nicht. Er war Präsident der Schweizerischen Friedensbewegung und unser erster Präsident in der Genossenschaft. Die Anliegen der Friedensfreunde waren bei ihm in den richtigen Händen, ihm wurde vertraut. Er hat mobilisiert und integriert, vieles gelang durch und wegen ihm. Danke Joe.



Kleine Ausstellung der Vereinigung Schweiz-Vietnam zu Agent Orange an der Veranstaltung zum 60. Jahrestag der SFB. Quelle VSV

Vereinigung Schweiz-Vietnam

40 Jahre Solidarität

Von Anjuska Weil

Wir wissen es: Vietnam ist mehr als eine Tourismusdestination, aber auch mehr als der US-Krieg, welcher das Land im letzten Jahrhundert verwüstete. Integriert in die internationale Gemeinschaft, sucht Vietnam als aufstrebendes Entwicklungsland seinen nicht immer einfachen, aber eigenständigen Weg. Mit einer jungen Bevölkerung von bald 100 Millionen Menschen hat Vietnam viele Gesichter. Die Städte mit ihrem quirligen Leben, das sanfte Grün der Reisfelder, die Zeugen Jahrtausende alter Kultur... Diesem Vietnam ist die Vereinigung Schweiz-Vietnam (VSV) verbunden. 1982 als Zusammenschluss jener gegründet, denen die Solidarität mit Vietnam über die politische Konjunktur hinaus ein Anliegen war und ist, setzt die VSV heute folgende Schwerpunkte:

Austausch, Information, Verstehen

Die Entwicklungen in Vietnam fordern immer wieder zu Reflektion und Diskussion heraus. Es ist wichtig, den Blickwechsel bewusst vorzunehmen und der vietnamesischen Sichtweise Raum zu geben, diese zu dokumentieren und zu versuchen, sie in ihrer Komplexität zu verstehen. In der Publikation HOA BINH, werden solche Themen behandelt. Auf unserer Website vsv-asv.ch und in den Rundbriefen informieren wir über aktuelle Aktivitäten. Das Archiv dient als kollektives Gedächtnis. Über die Jahre ist eine vertiefte Sachkenntnis erarbeitet worden und wertvolle Kontakte mit vietnamesischen und anderen Partner:innen sind auf verschiedenen Ebenen gewachsen. Dies ermöglicht es, neben den Mitgliedern auch Studierenden und anderen Interessierten Informationen weiterzugeben und Türen zu öffnen.

Das Vereinsleben findet vor allem an Anlässen statt, welche seit einiger Zeit meist ebenfalls gemeinsam mit

der vietnamesischen Gemeinschaft organisiert werden und nebst Kultur und Beisammensein der Unterstützung unserer Projekte dienen.

Wissen in solidarisches Handeln umsetzen

Obschon sich Vietnam Schritt für Schritt aus der Armut herausarbeitet, bleibt noch viel zu tun. Die VSV leistet da ihren ganz spezifischen Beitrag. Sie unterstützt in enger Zusammenarbeit mit der Vereinigung alter Menschen das 2005 begonnene Mikrokreditprogramm für alte Menschen in der Provinz Thua Tien-Huế, um so deren Lebenssituation zu verbessern. Das Programm heisst bei unseren Partner:innen wörtlich übersetzt «Verbesserung der Mahlzeiten alter Menschen». Bis heute konnten über 3200 Kredite für ganz verschiedenartige Tätigkeiten vergeben werden.

Gerechtigkeit für die Opfer von Agent Orange

Diese Forderung ist seit ihrem Bestehen ein Schwerpunkt der VSV, denn «Kriege enden nicht, wenn keine Bomben mehr fallen und die Kämpfe aufgehört haben. Die Zerstörungen dauern viel länger an, in der Landschaft ebenso wie im Gedächtnis und in den Körpern der Menschen.» Die US-Armee hat von 1961 bis 1971 80 Millionen Liter chemischer Produkte über Vietnam versprüht, insbesondere Agent Orange und damit fast 400 kg Dioxin. 4,8 Millionen Menschen wurden dieser Chemiewaffe ausgesetzt, drei Millionen haben gesundheitliche Schäden erlitten, unter ihnen Hunderttausende von Kindern, die mit Missbildungen geboren wurden, inzwischen bereits in der 3. und 4. Generation.

Zusammen mit Opfern und engagierten Organisationen kämpft die VSV für Gerechtigkeit, was die Anerkennung der Verantwortung der Täter bedeutet sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel, um den Opfern ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Aufgeflogen:

US-Propagandanetzwerk

Fake News, Propaganda-Memes, Kurzvideos und mehr: Fast fünf Jahre existierte ein mutmasslich von den US-Geheimdiensten geführtes Mediennetzwerk, welches die Interessen der USA und seiner Verbündeten begünstigten.

Oftmals werden Botnetzwerke und Desinformationskampagnen als Mittel dargestellt, die ausschliesslich Russland anwendet. Eine Studie des Stanford Internet Observatory und des Forschungsunternehmens Graphika enthüllt nun solch eine gross angelegte US-amerikanische Propagandakampagne. Über fast fünf Jahre verbreitete das Netzwerk Fehlinformationen und Propaganda über YouTube, Facebook, Instagram, WhatsApp, VK, Twitter und andere Plattformen. Die identifizierten Fake-Profilen erstellten gefälschte Persönlichkeiten mit computergenerierten Gesichtern, gaben sich als unabhängige Medienportale aus, nutzten Memes und Kurzvideos und versuchten, Hashtag-Kampagnen und Online-Petitionen zu starten. Sie verbreiteten Narrative, die die Interessen der USA und seiner Verbündeten begünstigten und andererseits Ländern wie Russland, China und Iran schaden sollten.

Insbesondere hatte es die Propagandakampagne auf Gebiete in Asien abgesehen: Von Westasien, Iran, über Zentralasien, Afghanistan bis hin zu Russland und China. In Zentralasien

sollte das russischsprachige Publikum durch Lobeshymnen auf die amerikanischen Hilfsprojekte und Kritiken an Russlands Aussenpolitik beeinflusst werden. Dabei verbreitete die Kampagne auch oft Nachrichten über die wachsende Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Ländern. Die Inhalte waren fast ausschliesslich auf Russisch gehalten, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl von Tweets in zentralasiatischen Sprachen wie Kasachisch und Kirgisisch.

Andere Fake-Profilen konzentrierten sich auf China und verbreiteten Posts über die Behandlung der chinesischen muslimischen Minderheiten, insbesondere der Uiguren in der Provinz Xinjiang. Die geschaffenen falschen Persönlichkeiten waren typischerweise mit einem von zehn Scheinmedien verbunden, die sich als unabhängige Nachrichtenagenturen ausgaben und über die Ereignisse in Zentralasien berichteten. Die vermeintlich hinter Fake-Profilen steckenden Nutzer:innen lebten angeblich in Europa oder in Zentralasien und wurden als Administrator:innen der Scheinmedien aufgeführt. Sie gründeten auch



Mit Fake-Accounts aufTwitter wird Propaganda betrieben. Quelle zVg

verschiedene Social-Media-Gruppen, über die sie ihre Inhalte verbreiteten. Auf der hauptsächlich russischsprachigen Plattform Odnoklassniki zum Beispiel posteten die Profile regelmässig in Gruppen wie «Kämpfer Kirgistan» und «Central Asia News».

Kaum Resonanz in den Medien

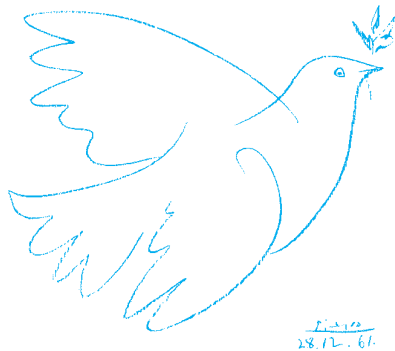
Die Forscher:innen sprechen von dem «bis heute umfangreichsten Fall von verdeckter pro-westlicher Geheimdienstoperation in den sozialen Medien, die bisher von Open-Source-Forschern untersucht und analysiert wurde». Allerdings erregte die Studie kaum Aufsehen in den westlichen Ländern.

Quelle: perspektive-online.net

Talon zum Mitbewegen

Name: _____	Vorname: _____
Strasse: _____	Mail (fak.): _____
PLZ: _____	Wohnort: _____
☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)	
☐ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)	
☐ Ich möchte ein Probeabonnement der UW	
☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.	
Datum: _____	Unterschrift: _____
Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch	

ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Weltfriedenstag 2022 in Südkorea: Frieden schaffen mit Flüchtenden. Quelle Presenza

Weltfriedenstag 2022 in Südkorea Flüchtlingsmarsch für den Frieden

Am Sonntagmorgen, 18. September, begaben sich in Südkorea lebende Flüchtende und lokale Friedensaktivisten auf einen Friedensmarsch, um den Weltfriedenstag 2022 zu feiern.

Von Yuri Yu und Bereket Alemayehu

Der Friedensmarsch wurde von Active Refugee Korea (ARK) mit Unterstützung des UNHCR organisiert und begann mit einer Führung durch das Museum der Koreanischen Kriegsdenkstätte, das sich in der Hauptstadt Seoul befindet und «mit einem kritischen Auge» besucht wurde. «Die Koreanische Kriegsdenkstätte ist ein symbolischer Ort, um über Frieden im Kontext von Konflikten nachzudenken, denn Nordkorea und Südkorea stehen sich seit dem dreijährigen Bürgerkrieg zwischen 1950 und 1953 feindselig gegenüber», meinte Seok-jin Park, ein Aktivist von Civilian Military Watch, und erinnerte daran, dass für viele Flüchtende, die vor den anhaltenden Kriegen und Konflikten in ihrer Heimat geflohen sind, die Schrecken und die Grausamkeit von Konflikten immer noch real sind.

Einseitige Darstellung des Kriegs
Seok-jin Park reflektierte seine Gedanken über die Situation von Kriegen und Narrativen und sagte, dass kein Krieg plötzlich ausbricht. Er ist das Ergebnis von angesammelten Spannungen und Konflikten. In den

Erzählungen werden die ideologischen Spannungen und bewaffneten Konflikte, die vor dem Krieg zwischen dem Süden und dem Norden im Kontext des Kalten Krieges bestanden, nicht erwähnt. Es ist 70 Jahre her, dass der Koreakrieg 1953 mit einem Waffenstillstand endete. Seit dem Waffenstillstand (kein Friedensvertrag!) zwischen den beiden koreanischen Staaten stehen sich der Norden und der Süden weiterhin feindselig gegenüber, und die instabilen Verhältnisse auf der Halbinsel erinnern die Welt daran, dass der Krieg noch nicht beendet ist.

Es gibt gegensätzliche historische Erzählungen und unterschiedliche Interpretationen des Koreakriegs, und die Koreanische Kriegsdenkstätte bietet eine einseitige Perspektive. Daher ist es wichtig, darauf zu achten, «welche Geschichte das Museum erzählt und welche nicht. Das Museum liefert eine Rechtfertigung für die Notwendigkeit, die militärischen Kapazitäten gegen Nordkorea zu erhöhen». Die Besichtigungstour erinnerte die Teilnehmenden auch an die Gefahr einseitiger Darstellungen des Krieges und die bewusste Unterlassung von Bemühungen um Frieden und Versöhnung, die über mehrere Jahrzehnte hinweg immer wieder stattfanden.



Mit kritischem Blick besucht: Teilnehmende des Friedensmarsches vor der Koreanischen Kriegsdenkstätte. Quelle Presenza

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenbergr Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Koreanische Kriegsdenkstätte während eines Militärregimes im Jahr 1988 geplant und initiiert wurde, als eine weit verbreitete demokratische Bewegung im Land als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen wurde. Mit der Errichtung des Kriegsmuseums sollte der Patriotismus in der koreanischen Bevölkerung durch die Verstärkung des Antagonismus gegen Nordkorea gefördert werden. Die Art und Weise, wie an den vergangenen und gegenwärtigen Krieg erinnert wird und wie er dokumentiert wird, wirkt sich nicht nur auf das öffentliche Gedenken an die Geschichte aus, sondern auch auf die Suche nach wahren Frieden für alle.

Zu Ehren des Weltfriedens und des Internationalen Tages des Friedens diskutierten die Aktivistinnen und Teilnehmer über die Bedeutungen von Frieden, das Verherrlichen der anhaltenden sinnlosen Kriege in einigen Ländern und die Gräueltaten und Konflikte, die Zivilisten, Binnenvertriebenen und Flüchtlingen Leid zufügen, und besuchten dabei denkwürdige historische Stätten in Seoul, die von Gewalt und Krieg geprägt sind.

Während des Friedensmarsches und der Besichtigung von Seouls Wahrzeichen, der Bergfestung Namsan, wo ein Teil der Stadtmauer die 600-jährige Geschichte verkörpert, schickten die Teilnehmenden schriftliche Botschaften, trugen ein Banner mit ihrer eigenen Friedensbotschaft in verschiedenen Sprachen und schmückten sich mit weissen Blumen, die den Frieden symbolisieren, um die koreanische Gesellschaft zu inspirieren, eine Kultur des Friedens aufzubauen.

Über Frieden nachdenken

Anlässlich des Weltfriedentages 2022 hat Active Refugee Korea ausserdem eine Online-Kampagne zur Verbreitung von Friedensbotschaften unter dem Motto «Speak & Share your Peace» gestartet. Die Online-Friedenskampagne wird in einem Dialogformat durchgeführt und fordert die Teilnehmer auf, über ihre Gedanken und Wünsche nachzudenken. Wie kann der Frieden den Flüchtenden helfen? Wie übernehmen Flüchtende die Rolle des Friedensretters? Was bedeutet Frieden für dich? Was macht dich friedensfähig? Oder was hindert dich am Frieden? Was glaubst du, kannst du tun, um den Frieden für Flüchtende zu stärken?

In der Erklärung der ARK-Kampagne wird deutlich, dass der Frieden für die Flüchtenden eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt, da sie von einem Ort fliehen mussten, an dem es keinen Frieden gab, sondern Krieg, Verfolgung und Gewalt herrschten. In ihrem neuen Land müssen sie die schmerzhaften Erinnerungen überwinden, die sich in ihren Körpern und ihrem Geist eingebrannt haben. Ausserdem sind sie an den neuen Orten mit anderen Arten von Gewalt konfrontiert, wie Hass, Diskriminierung und Entfremdung. Sie sind wieder einmal des Friedens beraubt. Doch je mehr sie diese Umstände durchleben, desto mehr sind sie davon überzeugt, dass der Frieden ein unbesiegbares Ziel im Leben ist.

Quelle: Presenza International Press

Eindrücke vom Weltfriedenstag 2022

SFB vor Ort

Vor 41 Jahren erklärte die UNO-Generalversammlung den 21. September zum internationalen Tag des Friedens. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Passend zu diesem Tag organisiert die Schweizerische Friedensbewegung SFB jährlich eine Veranstaltung zu einem aktuellen friedenspolitischen Thema. An Standaktionen in Basel, Bern und Zürich sowie in Bellinzona und Lugano haben unsere Mitglieder gemeinsam mit

zahlreichen Aktivist:innen die Friedenszeitung «Unsere Welt», Informationsmaterial der Schweizerischen Friedensbewegung sowie ein blaues Festivalarmband als Erkennungszeichen und Erinnerung an den Weltfriedenstag verteilt. Mit vielen Hundert Menschen haben wir über die Aufrüstung in der Schweiz, über den skandalösen Kauf der F-35-Kampffjets und den Krieg in der Ukraine gesprochen, diskutiert und informiert.

